

Von Gleis 11 auf die Überholspur 60 Jahre deutsch-türkisches Anwerbeabkommen

Horst Göbbel

Am 09. Oktober 2022 ist Integrationsratswahl!
Nähere Informationen dazu unter:
www.integrationsrat.nuernberg.de



Die meisten Gastarbeiterzüge aus Süd- und Südosteuropa endeten in München. Von dort aus wurden die Menschen auf die gesamte Bundesrepublik verteilt. Foto: deutschlandfunkkultur.de, © imago images

„Wir riefen Arbeitskräfte, und es kamen Menschen.“

Max Frisch

Wäre nicht die neuerliche Zuspitzung der Corona-Lage dazwischengekommen, hätte am 27.11.2021 im Historischen Rathaussaal in Nürnberg eine Podiumsdiskussion zum Thema „Vom Gastarbeiter zum Arbeitgeber“ stattgefunden, die der Integrationsrat anlässlich des 60jährigen Jubiläums des Anwerbeabkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Türkei vorbereitet hatte.

Aus dem gleichen Anlass hatte Oberbürgermeister Marcus König für den 30.10.2021 zur Matinee mit Familien mit türkischen Wurzeln eingeladen und die komplexen Geschichten von Menschen, die seither durch ihr kulturelles und gesellschaftliches Engagement das Leben in Nürnberg nachhaltig prägen, prägen und weiter prägen werden, beleuchtet. Bei den Talkrunden war auch der Vorsitzende des Rats für Integration und Zuwanderung İlhan Postaloglu eingebunden.

„Vom Gastarbeiter zum Arbeitgeber“ wäre auch eine treffende Überschrift für die Familiengeschichte des Integrationsratsvorsitzenden. İlhan Postaloglu ist eines von vielen positiven Beispielen für gelungene Integration in Nürnberg: Sein Vater war seinerzeit Gastarbeiter und er, sein Sohn, gehört längst zu den erfolgreichen Unternehmern dieser Stadt. Ich habe ihn zu dieser Thematik befragt und er hat bereitwillig und ausführlich dazu geantwortet. Vor seinen Antworten soll jedoch noch das Thema Anwerbeabkommen und seine historischen Folgen knapp dargestellt werden.

Das deutsch-türkische Anwerbeabkommen wurde am 30. Oktober 1961 in Bonn-Bad Godesberg unterzeichnet. Es gehört in eine Reihe weiterer Anwerbeabkommen: mit Italien (1955), Spanien und Griechenland (1960), Marokko und Südkorea (1963), Portugal (1964), Tunesien (1965) und Jugoslawien (1968). Auch andere westeuropäische Industrienationen wie

Frankreich haben damals ähnliche Anwerbeabkommen mit verschiedenen Staaten geschlossen.

Die Anwerbeabkommen führten trotz Befristung der Aufenthaltsdauer auf maximal zwei Jahre (sogenanntes Rotationsprinzip) zu einer verstärkten Einwanderung auch aus der Türkei in die Bundesrepublik Deutschland. Ein Familiennachzug war, im Gegensatz zu den anderen Anwerbeabkommen, zunächst nicht vorgesehen. Die angeworbenen Arbeiter wur-



Türkische Arbeiter kurz nach ihrer Ankunft auf dem Münchner Hauptbahnhof in den 1960er Jahren. Auf dem Bahnsteig von Gleis 11 betraten viele erstmals deutschen Boden. Foto: Bayerische Staatsbibliothek München, Fotografin: Felicitas Timpe

den in Deutschland als „Gastarbeiter“ bezeichnet. Es kamen Schreiner und Maschinenschlosser, Bauern und Bauarbeiter, Ungelernte und Ausgebildete, Männer und Frauen. Heute

Grußwort des Oberbürgermeisters

Liebe Leserinnen und Leser!

Zum ersten Mal darf ich Sie an dieser Stelle grüßen und Ihnen eine interessante Lektüre wünschen. Als Oberbürgermeister für alle Nürnbergerinnen und Nürnberger tue ich das hier und heute besonders gerne. Diese Zeitung ist, ebenso wie der Integrationsrat, eine feste Größe in unserer Stadt. Ganz gleich, ob Sie, liebe Leserinnen und Leser, eine eigene oder familiäre Zuwanderungsgeschichte haben oder nicht, ganz egal, was Ihre Staatsangehörigkeit ist, wir sind alle Nürnberg!



Oberbürgermeister Marcus König
Foto: Stadt Nürnberg

Vielleicht haben Sie mich diesen Satz schon einmal sagen hören. Für mich ist es ein Schlüsselsatz, den ich genauso meine. Wenn wir dabei stehen bleiben, auf Trennendes zu blicken, schwächt uns das. Das Gemeinsame zu suchen, macht uns dagegen stärker. Daraus erwächst eine Kraft, eine positive Dynamik, die uns – aufbauend auf gemeinsamen Werten – positive Ziele verwirklichen hilft. Dies gilt für alle Bereiche, für die Politik genauso wie für die Wirtschaft und auch die Gesellschaft. Wir sind alle Nürnberg, damit meine ich auch, dass wir alle mitverantwortlich sind für diese Stadt in der wir leben. Jeder und jede Einzelne kann auf seinem oder ihrem Platz dazu beitragen, dass wir gut und gerne zusammenleben und fest zusammenhalten.

Ich hoffe, dass Sie wie ich gerne in Nürnberg leben und Sie sich hier zuhause und beheimatet fühlen. Auch wenn Sie einen anderen Ort Ihre Heimat nennen, so hoffe ich doch, dass Sie sich in Nürnberg wohl und willkommen fühlen.

Fast die Hälfte aller Nürnbergerinnen und Nürnberg hat internationale Wurzeln und zwar in über 170 Ländern dieser Erde. Diese Vielfalt macht Nürnberg als fränkische Metropole aus und zu etwas ganz Besonderem. Und sie ist für mich ein ganz wesentlicher Teil dessen, was Nürnberg so lebens- und liebenswert macht. Es sind die Menschen, auf die es ankommt. Wir leben in unserer Stadt mit weit über einer halben Million Menschen zusammen. Unausweichlich, dass es dabei auch zu Konflikten kommt. Zu Interessenskonflikten, Nutzungskonflikten im öffentlichen Raum, politischen, gesellschaftlichen oder persönlichen Konflikten. Gerade weil wir so viele sind, kommt es noch mehr darauf an, immer wieder das Gespräch zu suchen und zu führen, einander wertschätzend, voller Respekt und auf Augenhöhe. Das Gespräch zu suchen und im Gespräch zu bleiben lautet folglich auch meine zweite Devise. Ich möchte ansprechbar sein für Ihre Anliegen und Anregungen, Fragen und Themen, digital und analog, persönlich und als Stadtoberhaupt. Der Integrationsrat als Stimme und Interessensvertretung der Menschen mit Migrationshintergrund weiß mich in diesem Sinne fest an seiner Seite.

Wir sind alle Nürnberg. Nürnberg ist die Stadt, die wir aus ihr machen. Wie wir die Stadt und unser Zusammenleben gestalten, liegt in unserer Macht und ist in unserer Hand. Wir Nürnbergerinnen und Nürnberger sollten gemeinsam das Beste daraus machen.

Ihr

Marcus König

bilden Menschen mit türkischer Herkunft eine der größten ethnischen Minderheiten in Deutschland. Bis zum Anwerbestopp 1973 reisten insgesamt 867.000 türkische Gastarbeiter in die Bundesrepublik Deutschland, rund 500.000 kehrten wieder zurück in die Türkei.

Die Aufenthaltserlaubnis war auch für die türkischen Gastarbeiter zunächst auf zwei Jahre beschränkt. Danach sollten sie wieder zwingend in die Heimat zurückkehren und gemäß dem Rotationsprinzip durch neue Arbeiter ersetzt werden. In der Praxis war diese Vorgabe nicht zu halten: Deutsche Unternehmen sprachen sich dagegen aus, einmal angelernte Arbeitskräfte nach zwei Jahren wieder gehen zu lassen. 1964 wurde das Rotationsprinzip außer Kraft gesetzt; auch das Verbot des Familiennachzugs wurde später aufgehoben. Rund drei Millionen Menschen entschieden sich, dauerhaft zu bleiben, gründeten Familien und fanden hier ihre zweite Heimat. Auch deshalb hat heute jede und jeder Vierte in Deutschland eine familiäre Einwanderungsgeschichte – rund 21 Millionen Menschen. Die meisten in Deutschland lebenden Ausländer sind Türken. Sie haben im Gegensatz zu stereotypen Auffassungen über „die Türken“ einen ganz eigenen Lebensstil zwischen Tradition und Moderne, Anpassung und Rückzug entwickelt. Dies wurde auch deutlich bei einem Festakt am 30. September 2021 im Bundeskanzleramt, wo die Bundeskanzlerin Merkel und Integrationsstaatsministerin Widmann-Mauz die Lebensleistung der Gastarbei-

ter und Vertragsarbeiterinnen für Deutschland gewürdigt haben. Merkel dankte ihnen für all das, was sie in den vergangenen 60 Jahren in



Das türkischstämmige Forscher-Ehepaar Ugur Sahin und Özlem Türeci erhielt im März 2021 für ihre Verdienste bei der Entwicklung des Covid-19-Impfstoffs von Biontech das Große Verdienstkreuz mit Stern aus dem Händen von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier. Foto: swr.de

Deutschland geschafft haben. Die Menschen, die damals nach Deutschland gekommen seien, hätten es nicht leicht gehabt, sagte sie. Es habe z.B. noch keine Integrationspolitik gegeben. Jedoch sei Deutschland durch die neuen Facharbeiter stärker geworden. Die Deutschen hätten ein Verständnis für die Welt und andere Kulturen entwickeln können. Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung Annette Widmann-Mauz sprach von einer

Herkulosaufgabe, der ersten Generation der Zuwanderer. Deren Leistung verdiene deshalb „unseren ganz besonderen Respekt und un-

sere Anerkennung“. Es seien auch Eingewanderte, ihre Kinder und ihre Enkelkinder, die Deutschland zu einem wohlhabenden, einem starken Land in der Mitte Europas machten. „Die Frauen und Männer, die nur mit einem Koffer kamen, haben hart gearbeitet und mit dazu beigetragen, dass Deutschland heute ein wirtschaftlich starkes Land in der Mitte Europas ist“, sagte sie.

Viele türkische Mitbürger haben im Laufe der Zeit in verschiedensten Bereichen des wirtschaftlichen, des sozialen, des politischen Lebens, in Kunst, Kultur oder Sport besondere Leistungen vollbracht. Die heute wohl berühmtesten Nachkommen türkischer Einwanderer in Deutschland (und in der ganzen Welt zu Recht hoch gerühmt) sind das Ehepaar Ugur Sahin/Özlem Türeci, die den Corona-Impfstoff in ihrer Firma BioNTech (gebildet aus englisch Biopharmaceutical New Technologies) entwickelt haben.

Auch in Nürnberg dominieren noch die türkischen Mitbürger unter den nichtdeutschen zugewanderten Menschen. Volkan Altunordu schrieb am 22.07.2020 in den Nürnberger Nachrichten sehr treffend über das Wachstum der Frankenmetropole: „Nürnberg wächst zum einen nur noch, weil es bunt ist, und es wird zum anderen bunter, je mehr es wächst.“ Die ausländische Bevölkerung in Nürnberg erreichte zum 31. Dezember 2019 einen neuen Höchststand: insgesamt 133.491 Menschen aus mehr als 170 Ländern in der Stadt, die eine nichtdeutsche Staatsbürgerschaft haben. Wenn man diese Zahl auf die Gesamtbevölkerung von 535.886 Menschen bezieht, ergibt dies einen Anteil von 24,91 Prozent. Fast 50 Prozent sind heute EU-Staatsbürger. Die Türken bilden mit insgesamt 17.408 Personen weiterhin die größte Gruppe, auch wenn Ihre Zahl während der letzten Jahre durch Einbürgerung oder Zurückwanderung abgenommen hat (2012 noch 19.407).

„Nürnberger sein gehört mit zu meiner Identität“

Ilhan Postaloglu im Interview mit Horst Göbbel

Der Integrationsratsvorsitzende Ilhan Postaloglu ist einer der erfolgreichen und für die Stadtgesellschaft bedeutenden Nürnberger türkischer Herkunft. Im Interview gibt er Auskunft zur Gastarbeiter-Geschichte seiner Familie und seine eigene Aufsteigerbiographie, die nicht immer geradlinig verlief.

HG: Herr Postaloglu, Sie stammen aus einer Familie, die beides vorweisen kann – sowohl Gastarbeiter als auch Unternehmer. Warum kam Ihr Vater nach Deutschland, bzw. was war der Zweck seines Aufenthalts?

IP: Mein Vater kam 1973 zum Arbeiten nach Deutschland. Sein ursprüngliches Ziel war es, ein paar Jahre hier zu arbeiten und Geld zu sparen, um sich danach in der Türkei etwas aufbauen zu können. Mittlerweile ist er aber schon fast 50 Jahre hier – und ich seit 43 Jahren.

HG: Kam er alleine oder verheiratet nach Deutschland?

IP: Er war zu der Zeit schon verheiratet und ich war ein kleines, zwei Jahre altes Kind. Er kam aber zunächst allein hierher, hat fünf Jahre gearbeitet und Geld gespart. 1978 hat er uns, seine Familie, dann nach Deutschland nachgeholt.

HG: Mit welchen Schwierigkeiten wurde Ihr Vater am Anfang in Deutschland konfrontiert?

IP: Da er natürlich in ein für ihn fremdes Land kam, ohne Vorkenntnisse der Sprache und der Kultur, hatte er es am Anfang sehr schwer. Auch dass er ganz alleine nach Deutschland

fuhr, stelle ich mir beängstigend vor: Man steigt in einen Zug und fährt in die Fremde, ohne zu wissen, was dort auf einen zukommt. Er ist jedenfalls zunächst in München angekommen – wahrscheinlich auf dem berühmten Gleis 11, auf dem im Lauf der Jahre so viele Züge mit Gastarbeitern ankamen. Von dort wurde er dann nach Nürnberg weitergeleitet. Hier war er bei der Firma Grundig tätig, wo er bis zu seinem Renteneintritt gearbeitet hat.

HG: Wann und wo sind Sie geboren, und wie verlief Ihre Kindheit und Ihre berufliche Ausbildung?

IP: Ich wurde im Jahr 1971 im August in der Stadt Denizli in der Türkei geboren. Die erste Klasse besuchte ich noch in der Türkei, für die zweite Klasse kam ich 1978 nach Deutschland – nach Nürnberg. Seitdem bin ich immer in Nürnberg wohnhaft geblieben.

HG: Welche Schule haben Sie besucht?

IP: Tatsächlich habe ich zunächst die gleiche Grundschule besucht, die meine Kinder später auch besuchten, nämlich die Holzgartenschule in der Nürnberger Südstadt. Dort war ich in der zweiten Klasse. In der dritten Klasse habe ich dann die Scharrerschule besucht, und in der vierten Klasse habe ich gleich dreimal die Schule gewechselt. Den genauen Grund erkläre ich gerne (lacht): Damals kam ein Brief vom Schulamt, dass ich doch auf die Grundschule in der Holsteiner Straße wechseln möge – draußen in Schniegling. Da die Deutschkenntnisse meiner Eltern noch bescheiden waren, haben wir das erst nicht weiter hinterfragt.

Nach ein bis zwei Wochen war dann klar,

dass der tägliche Weg von der Südstadt nach Schniegling viel zu weit ist, also haben wir uns um eine etwas nähere Schule bemüht. Daraufhin hat man mich nach Gostenhof geschickt. Da diese Schule immer noch relativ weit von unserer Wohnung weg war, bin

in der Leerstetter Straße, und von dort aus bin ich in der siebten Klasse auf die Peter-Vischer-Realschule gekommen.

HG: Also immer wieder Wechsel. Wie ging es nach der Schule für Sie weiter?



Seit 2002 als Inhaber eines Elektrobetriebs selbstständig: Ilhan Postaloglu (erster von links, hier mit dem türkischen Handelsattaché Herrn Ertem Coban, dem Generalkonsul Herrn Serdar Deniz sowie Frau Mühibe Serce und Herrn Haluk Dokur vom Vorstand von MÜSIAD Nordbayern e.V.) vor seinen Geschäftsräumen. Foto: MÜSIAD Nordbayern e.V.

ich nach den Weihnachtsferien dann auf der Maiacher Schule gelandet. Im Nachhinein denke ich, das hat mir meine schulische Laufbahn kaputt gemacht – in dem Sinne, dass ich meine Leistungen in der für den Schulübertritt so wichtigen vierten Klasse nicht halten und so nicht aufs Gymnasium gehen konnte. In der fünften Klasse besuchte ich die Regenhogenschule, in der sechsten dann die Schule

IP: 1988 habe ich mit meiner Lehre als Elektroinstallateur angefangen, die ich 1992 abgeschlossen habe. Heute heißt der entsprechende Beruf „Elektroniker der Fachrichtung Energie- und Gebäudetechnik“. Später habe ich dann auch meinen Meister gemacht, aber zuvor besuchte ich von 1992 bis 1994 die Abendrealschule und habe dort meine Mittlere Reife nachgeholt, weil ich auf der

Peter-Vischer-Realschule nicht so stark war und die Schule habe verlassen müssen – in dieser Phase hatte das Phänomen „Null-Bock-Generation“ auch mich erwischt...

HG: Jugendsünden!

IP: (lacht) Ja, Jugendsünden! Irgendwann habe ich mir gedacht: „Ilhan, was machst Du da für Sachen?“ Also habe ich das Steuer gerade noch rechtzeitig herumgerissen: Kurz, bevor ich die Peter-Vischer-Realschule verlassen musste, habe ich an einer Maßnahme teilgenommen, um den Qualifizierten Hauptschulabschluss zu erwerben – den habe ich dann mit der schulbesten Note geschafft! Das war dann auch ein Ansporn, mich weiter anzustrengen. Meine Lehre habe ich mit sehr gutem Erfolg abgeschlossen und dann habe ich wie gesagt zunächst die Veit-Stoß-Abend-realschule besucht, während ich vormittags gearbeitet habe. Zwischen 1995 und 1997 habe ich in Teilzeit die Meisterschule besucht und erwarb dort meinen Meisterbrief. 1999 habe ich mein Gewerbe angemeldet, und seit 2002 bin ich selbständiger hauptberuflicher Unternehmer.

HG: Es zeigt sich anhand Ihrer Schilderung, dass Bildung für den Lebensweg des Einzelnen von entscheidender Bedeutung sein kann – in Ihrem Fall war es jedenfalls so. Wie kam es dazu, dass Sie sich entschlossen ha-



Vielfältig ehrenamtlich engagiert: Neben seiner Mitgliedschaft im Integrationsrat ist Ilhan Postaloglu auch Vorstandsmitglied und Lehrlingswart bei der Elektro-Innung Nürnberg-Fürth. Als solcher ist er regelmäßig auf Berufs- und Ausbildungsmessen anzutreffen. Foto: Ilhan Postaloglu (Privatarchiv)

ben, Unternehmer, aber damit auch zugleich Ausbilder zu werden? Und wie kam es zu Ihrem ehrenamtlichen Engagement, unter anderem im Integrationsrat?

IP: Schon seit meiner Kindheit bin ich jemand, der für andere Menschen da war und da sein will. Deshalb fiel es mir leicht, mich dafür zu entscheiden, auszubilden und damit anderen Menschen die Chance zu geben, einen Beruf zu erlernen. Ich bin zudem seit meiner frühesten Jugend im Verein DITIB Nürnberg e.V. engagiert, bin quasi damit aufgewachsen und kenne alle Strukturen dort. Schon damals habe ich damit angefangen, mich im Rahmen der Jugendarbeit um andere zu kümmern: Mit 18 Jahren habe ich die Jugendgemeinschaft „Eyüp Sultan“ gegründet, das war einzigartig in Nürnberg. 1991 war die offizielle Gründung, und schon 1992 wurden wir als 44. Mitglied in den Kreisjugendring Nürnberg-Stadt aufgenommen. Bevor es zur Aufnahme kam, gab es ein anspruchsvolles Bewerbungsverfahren, wo wir uns auch dank meiner Mitarbeit erfolgreich durchgesetzt haben. Danach wurden wir auch Mitglied im Dachverband Bayrischer Jugendring.

Im Jahr 1991, als ich noch im Vorstand des Vereins war, habe ich mich erstmals für einen Sitz im damaligen Ausländerbeirat beworben, wurde aber nicht gewählt. 1997 habe ich es nochmal probiert und kandidiert, war jedoch zunächst nur auf der Ersatzliste. 2001 bin ich

dann nachgerückt und bin seitdem Mitglied unseres Gremiums, das ja inzwischen Integrationsrat heißt – mittlerweile auch schon seit 20 Jahren.

HG: Inwieweit hat Ihr beruflicher Werdegang auch eine Rolle bei der gelingenden Integration Ihrer selbst, Ihrer Familie und mancher Mitmenschen hier in Nürnberg gespielt? Wie ist beruflicher Werdegang mit Integration in Zusammenhang zu bringen?

IP: Egal ob man Handwerker, Lehrer oder Arzt ist: Hauptsache man hat eine abgeschlossene Ausbildung und einen Beruf, mit der man erstens für sich selbst sorgen und zweitens auch seine Familie ernähren kann. Wenn diese Basis vorhanden ist, dann wird ein Mensch auf dieser Grundlage automatisch an Selbstbewusstsein gewinnen und motiviert sein, weitere Erfolgsmomente zu erreichen – sei es durch ehrenamtliches gesellschaftliches Engagement, sei es durch persönliche Weiterbildung, denn man lernt zeitlebens nie aus.

Ich appelliere daher an alle Menschen, etwas aus sich zu machen, denn Bildung ist eine zentrale Voraussetzung, um sich in der heutigen Gesellschaft zu etablieren, aber auch um selbstbewusst auftreten und seine Meinung mit stolzem Haupt in das gesellschaftliche Leben einbringen zu können. Bildung ist Gold wert und ein wichtiger Schlüssel für die ge-

sellschaftliche Teilhabe – nicht nur für Menschen mit Migrationsgeschichte, sondern für alle!

HG: Nun meine letzte Frage: Fühlen Sie sich auch ein wenig beispielgebend (nicht nur, aber auch) für unsere türkischen Mitbürgerinnen und Mitbürger hier in Nürnberg?

IP: Jetzt muss ich aufpassen, dass das nicht zu viel Eigenlob wird (lacht), aber im Ernst: Ich als Individuum Ilhan Postaloglu werde weiterhin meinen Teil an Positivem dazu beitragen, dass man in der Gesellschaft, in der man lebt, aufgenommen wird und aktiver Teil dieser Gesellschaft ist. Trotz meines anderen Aussehens, meiner vielleicht abweichenden Meinung und meines unterschiedlichen Glaubens bin auch ich Nürnberger, dazu stehe ich! Nürnberger sein gehört mit zu meiner Identität, genauso wie meine türkischen Wurzeln. Ich persönlich habe kaum jemals Probleme gehabt mit Ausgrenzung, zum Glück. Letztlich muss jeder Mensch dazu beitragen, dass die Integration vor Ort, in der Stadt und in der Gemeinschaft, in der man lebt, funktioniert. Wenn man mit seinem Herzen und Handeln dabei ist, dann kann es gelingen, überall ein fruchtbares und friedliches Zusammenleben zu gewährleisten.

HG: Herr Postaloglu, vielen Dank für das Interview!

Gibt es ein Tabu, wenn es um Menschen mit Migrationsgeschichte geht?

Erkenntnisse in Coronazeiten

Horst Göbbel



Horst Göbbel ist langjähriges Mitglied des Integrationsrates und gehörte bereits dem früheren Aussiedlerbeirat an. Foto: Archiv des Integrationsrates

Die aktuelle Covid-19-Pandemie hat auch unsere Gesellschaft unerwartet und sehr hart getroffen. Wohl kaum jemals in früheren Zeiten hatte die Politik so schwerwiegende Entscheidungen zu treffen wie diesmal. Dabei waren wir in besonderem Maße auf die neuesten Erkenntnisse aus der Wissenschaft angewiesen. Und auch die Wissenschaftler waren sich nicht immer (und sind sich auch gegenwärtig und wohl auch künftig) nicht einig. Für die Entscheider in der Politik war und ist dies eine zusätzliche Hürde. Sicherlich wird kontinuierlich versucht, Fehler zu vermeiden bzw. auch aus Fehlern zu lernen.

Nach vier schweren Pandemie-Wellen und mitten in einer weiteren darf und soll auch Krisenaufbereitung versucht werden.

Über die soziale Frage der Pandemie, etwa die spezifische Gefährdung von zugewanderten Menschen, ist lange Zeit nicht bzw. kaum gesprochen worden. Dieses Thema hatte in

ging es um die Gesundheit von Menschen, ja in manchen Fällen um Leben oder Tod.

In Nürnberg war im Frühjahr 2021 längere Zeit der Inzidenzwert an Corona-Infizierten vergleichsweise hoch. Eigentlich hat man in den Kommunen schon früh feststellen können, dass Faktoren wie Bildung, Wohn- und Arbeitsverhältnisse in bestimmten Stadtvierteln vermutlich ausschlaggebend für vermehrte Infektionen waren. In Nürnberg etwa in Stadtteilen wie Gostenhof, Galgenhof, Tafelhof, Gibitzenhof, St. Leonhard, Steinbühl – alles Stadtgebiete, in denen im Durchschnitt vermehrt Menschen mit Migrationshintergrund leben. Offenbar resultiert das erhöhte Ansteckungsrisiko in diesen Stadtteilen aus einer Kombination von unter der dortigen Einwohnerschaft überdurchschnittlich vorherrschenden prekären Beschäftigungsverhältnissen, vergleichsweise beengten Wohnverhältnissen und einer stärkeren Impfskepsis aufgrund der Sprachbarrieren bzw. mangelnder Aufklärung bei vielen dort ansässigen zugewanderten Menschen. Wenn etwa im Frühjahr 2021 die Hälfte der Corona-Infizierten aus ca. einem Drittel des Stadtgebietes kommen und die behandelnden Ärzte im Nürnberger Klinikum bestätigen, was Wochen vorher schon in anderen Städten Deutschlands publik gemacht wurde, nämlich, dass sie „den Eindruck hätten, dass Covid-Patienten mit Migrationshintergrund leicht überrepräsentiert“ (siehe Donaukurier vom 25.03.2021) sind, da muss auch die hiesige Gesundheitsreferentin die Zahlen, die ihr eigentlich vorliegen, ähnlich wie etwa die Stadt Fürth, offen bekannt geben. Dies keineswegs, um Menschen mit Migrationshintergrund zu verunglimpfen, sondern um auf Grundlage der Daten und Fakten alles unternehmen zu können, um gerade diesen besonders gefährdeten Menschen sachgerecht zu helfen: mit gesonderten Informationen etwa zum Thema Impfen (damals war Impfstoffnot und es musste dort geimpft werden, wo die Not am größten war) oder



Die Corona-Pandemie beschäftigt uns nun schon seit zwei Jahren, und Ihre Auswirkungen berühren auch Fragen des Zusammenlebens in der Nürnberger Stadtgesellschaft. Foto: wdr.de

gewissem Sinne Tabu-Charakter. Die Ängste, die Bedenken, als rechtsradikal oder sogar als Rassist abqualifiziert zu werden, wenn man manche Zustände unverblümt beim Namen nennt, waren oft größer als sachliche Erkenntnisse und Mitteilungen. Dabei ging es hier nicht um irgendeine gewichtige Sache, hier

mit Informationen an den Integrationsrat, der zusätzliche Möglichkeiten hat, Menschen mit Migrationsgeschichte leichter zu erreichen. Das Nichtaussprechen, ja sogar möglicherweise das Verdunkeln dieser Fakten ist aus der Sicht des Integrationsrates ein Fehler. Der Integrationsrat hat sich ganz bewusst und offen

Fortsetzung Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

mit dem Thema Covid-19 und Menschen mit Migrationsgeschichte beschäftigt, um Möglichkeiten auszuloten, wie man leichter und besser z.B. Aufklärung im Bereich der Zuwandernden betreiben kann.

Glücklicherweise hat die Spitze der Stadtverwaltung, Oberbürgermeister König dann umgehend reagiert. Mit entsprechenden Hinweisen und einem besonderen Augenmerk auf diese Stadtviertel, zusätzliche Impfmöglichkeiten bis hin zum beispielgebenden Impfen des Oberbürgermeisters im Gemeindezentrum der DITIB-Moschee. OB König hat seinerzeit klar geäußert: „Mir persönlich ist es wichtig, dass jetzt Menschen nicht stigmatisiert werden aufgrund solcher statistischer Zusammenhänge ...“ Um auch Menschen zu erreichen, die vielleicht schlechte Deutschkenntnisse haben, gibt es mehrsprachige Informationsangebote und gemeinsam mit dem Klinikum eine Video-Kampagne in 14 verschiedenen Sprachen zu den Gefahren der Pandemie (siehe Donaukurier vom 25.03.2021). Die Stadt Nürnberg hat dann in Stadtteilen, in denen sich überproportional viele Menschen mit dem Coronavirus anstecken, das Impfen vorgebracht – unabhängig von der Impfpriorisierung. „Deshalb wollen wir jetzt verstärkt auf Vereine und Organisationen zugehen, speziell auch von Zuwanderern, um Aufklärung zu verstärken“, sagte OB Marcus König (NN, 10.05.2021).

Da in Nürnberg die Zahl der Corona-Infizierten im Frühjahr 2021 vergleichsweise besonders in einigen Stadtteilen nach wie vor hoch war, hat sich der Integrationsrat des Themas angenommen und nach mehreren internen Aussprachen bei der Stadt Nürnberg beantragt:

- das Impfen aller Impfwilligen in den besonders betroffenen Stadtteilen ohne Berücksichtigung der Prioritätenliste umgehend zu starten;
- verbesserte und verstärkte Aufklärung von zugewanderten Menschen über Corona (auch bei Hausärzten mit mehrsprachigem Infomaterial – Plakate, Broschüren) und Werbung für die Impfung gegen Corona insbesondere in Brennpunktvierteln (was auch von der Bundesregierung unterstützt wird – Corona-Lotsen, Info-Busse, mobile Impfstationen sowie verstärkte Information) in die Wege zu leiten;
- stadtteilbezogene Erhebungen und laufende Auswertungen in bestimmten Stadtteilen mit erhöhtem Anteil an Menschen mit Migrationsgeschichte (z.B. Gostenhof, Südstadtbereich) unbedingt durchzuführen (ähnlich wie in Köln).

Der Integrationsrat unterstützt die aktuellen Aktionen der Stadt in dieser Hinsicht und wünscht ein höheres Tempo der Aktivitäten.

Worum geht es uns?

Zusammenfassend sei nochmals festgehalten: Es geht uns um die Art und Weise, wie Daten und Fakten, die Menschen mit Migrationshintergrund betreffen (nicht nur pandemiebedingt), kommuniziert werden. Dies möge geschehen ohne falsche Rücksichtnahmen ideologischer Art oder aus Gründen der Opportunität oder des Zeitgeistes. Um helfend aktiv zu werden, benötigt jedes Gremium, auch der Integrationsrat eine klare und offen kommunizierte Datengrundlage.

„Keine Sekunde habe ich am Sinn der Impfung gezweifelt“

Oberbürgermeister Marcus König im Interview mit der IR-Geschäftsstellenleiterin Gülay Incesu-Asar über sein Corona-Krisenmanagement vom ersten Amtstag an, seine natürliche Aufgeschlossenheit und seine Vorbildrolle bei der Impfkampagne gegen Covid-19

GI: Herr Oberbürgermeister König, Sie haben ein erstes Amtsjahr hinter sich, das wohl seinesgleichen sucht: Sie wurden sprichwörtlich ins kalte Wasser geworfen und mussten unverzüglich losschwimmen, also vom ersten Tag an Corona-Krisenmanagement betreiben. Wie ist es Ihnen dabei ergangen?

MK: Um im Bild zu bleiben: Nachdem ich gern sportlich unterwegs bin, bin ich einfach losgeschwommen. Aber dank eines hervorragenden Teams ist uns – so meine ich – vieles gelungen. Ich danke auch den Nürnbergerinnen und Nürnbergern, die bei der Bekämpfung

Wie haben Sie persönlich die Chancen und Risiken der Impfung gegeneinander abgewogen, und was würden Sie diesen Menschen raten?

MK: Als bei einem Vorgespräch zum erwähnten Impftermin deutlich wurde, dass es helfen würde, wenn ich mit „gutem Beispiel vorangehe“, war ich dazu sofort bereit. Keine Sekunde habe ich am Sinn der Impfung gezweifelt. Mein Vertrauen in unsere Medizin und Wissenschaft ist sehr groß. Die verschiedenen und nun in großer Zahl verfügbaren Impfstoffe sind allesamt zuverlässig und helfen vor

sen. Mit welchen Instrumenten möchten Sie dies für die Zukunft verbessern?

MK: Besonders ist uns das in der Pandemie aufgefallen: Da war und ist es lebensnotwendig, dass wir so viele Menschen wie möglich erreichen, ihnen die Gefahr der Pandemie erklären und auch die Maßnahmen zur Eindämmung näher bringen. Mir ist es wichtig, mit den Nürnbergerinnen und Nürnbergern zu kommunizieren. Wir leben in einer Gesellschaft, die sich an vielen Stellen immer weiter individualisiert und differenziert. Ich denke nicht in „Milieus“ oder „Communi-



OB Marcus König ließ sich am 11.06.2021 publikumswirksam bei der Impfkampagne im DITIB-Gemeindezentrum Nürnberg mit dem Impfstoff von Johnson & Johnson erstimpfen. Ministerpräsident Dr. Markus Söder war als „Impfpate“ zugegen. Foto: Stadt Nürnberg

fung der Pandemie mitgewirkt haben. In dieser Krise haben wir auch wieder einmal gelernt, wie wichtig eine gut funktionierende und professionelle Verwaltung ist.

GI: Die Corona-Pandemie ist derzeit zweifellos die größte Herausforderung für die Gesamtgesellschaft. Sie haben es mit Ihrem besonderen Engagement geschafft, von Anfang an auf die verschiedenen Communities in unserer Stadt zuzugehen und die Menschen mitzunehmen – beispielsweise bei der Impfkampagne im Islamischen Kulturzentrum von DITIB, an der Sie teilgenommen haben. Mussten Sie dazu überredet werden, oder war das selbstverständlich für Sie und Ihr Verständnis von Politik?

MK: Als waschechter Nürnberger bin ich immer schon mit den unterschiedlichsten Gruppen und Kulturen unserer vielfältigen und bunten Stadt zusammengekommen – und Berührungängste sind mir ohnehin fremd. Wir alle sind Nürnberg, wir alle sind Nürnbergerinnen und Nürnberger. Und dabei ist es völlig egal, ob ich jemandem bei DITIB oder bei einer anderen Organisation begegne.

GI: Sie persönlich haben sich im Juni 2021 vor laufenden Kameras impfen lassen und damit bei einer großen Zahl von Menschen Vertrauen in den Impfstoff geschaffen. Trotzdem gibt es immer noch Viele, die ernsthafte Bedenken vor einer Corona-Impfung haben.

schweren Verläufen. Klar ist aber auch: Diese Entscheidung muss jeder für sich treffen. Wer zweifelt, sollte sich mit dem eigenen Arzt oder der Ärztin des Vertrauens beraten.

GI: Bereits als OB-Kandidat waren Sie im Kommunalwahlkampf bei uns zu Gast – inzwischen arbeiten Sie eng und regelmäßig mit dem Integrationsrat zusammen, der ja auch organisatorisch Ihrem Geschäftsbereich zugeordnet ist. Wie war damals Ihr Eindruck von unserem Gremium, und wie hat dieser Eindruck sich eventuell verändert, seit Sie unsere Arbeit aus der Perspektive des Oberbürgermeisters verfolgen?

MK: Damals wie heute gilt: Es gibt viele engagierte Menschen im Integrationsrat, die ihr Bestes geben. Das Ziel, Integration voranzutreiben und zum Zusammenhalt in unserer Stadt beizutragen, verbindet mich mit dem Integrationsrat. Wichtig ist doch, dass wir möglichst viele Menschen aus den ganz unterschiedlichen Zielgruppen mit dem Integrationsrat zusammenbringen und den Rat hin zur Stadtgesellschaft öffnen.

GI: Uns allen ist angesichts der Pandemie wieder bewusst geworden, dass die Kommunalpolitik bzw. die Stadtverwaltung leider nicht in allen Milieus und Communities unserer Stadt über Kanäle verfügt, die sich für die schnelle und effektive Vermittlung von Botschaften und Informationen nutzen las-

ties“ – denn ich bin Oberbürgermeister für alle Nürnbergerinnen und Nürnberger. Es gibt mittlerweile so viele unterschiedliche Kommunikationswege. Und als Stadt müssen wir so viele wie möglich bedienen um viele Menschen in der Stadt zu erreichen.

GI: Sehen Sie an irgendeiner Stelle derzeit besonderen Handlungsbedarf, um die Integrationsarbeit der Stadt Nürnberg zu vertiefen bzw. zu verbessern?

MK: Es laufen ja derzeit ganz unterschiedliche Prozesse – zum Beispiel in den Bereichen Gleichstellung, Integration, Inklusion und zum Aktionsplan queeres Nürnberg. Diese Prozesse zu verschränken, zu verzahnen, aufeinander abzustimmen, daran arbeiten wir.

GI: Im Herbst 2022 – genauer: am 9. Oktober – steht die Neuwahl des Integrationsrates an. Was ist Ihnen dabei besonders wichtig, und was würden Sie den wahlberechtigten Menschen in Nürnberg raten?

MK: Ich erhoffe mir eine breite Beteiligung, sowohl was Kandidatinnen und Kandidaten angeht, als auch was die Wahlbeteiligung angeht. Ich ermutige dazu, sich als Kandidat oder Kandidatin zur Verfügung zu stellen, sich einzubringen und unsere Stadt Nürnberg gemeinsam zu gestalten.

„Mit gutem Beispiel vorangehen“

Ilhan Postaloglu im Interview mit Horst Göbbel zur Impfkaktion mit dem Oberbürgermeister bei DITIB Nürnberg e.V. und zu seiner persönlichen Haltung zum Thema Corona-Impfung



Anlässlich der Impfkaktion im islamischen Kulturzentrum am 11.06.2021 bildete sich schon früh am Tag eine Schlange an Impfwilligen. Foto: Bayerischer Rundfunk

HG: Herr Postaloglu, Sie haben im Juni 2021 zusammen mit Herrn Oberbürgermeister Marcus König an einer publikumswirksamen und auch für den Integrationsrat bedeutsamen Aktion teilgenommen. Können Sie uns kurz mitteilen, worum es dabei ging, wie es dazu kam, und wie Sie diese Aktion im Rückblick einschätzen?

IP: Es ging darum, die Bevölkerung dafür zu sensibilisieren, dass eine Impfung gegen Covid-19 ein wichtiges Mittel zur Bekämpfung



Der Nürnberger DITIB-Vorsitzende, der Bayerische Ministerpräsident, der Nürnberger Oberbürgermeister und der Generalkonsul der Republik Türkei bei der Pressekonferenz zur Impfkaktion. Foto: DITIB Nürnberg. Foto: DITIB Nürnberg

der Pandemie ist. Zugleich sollte ein niederschwelliges Impfangebot auch für nicht nur deutschsprachige Communities gemacht werden. Das Impfzentrum der Stadt Nürnberg hat im Lauf des Jahres viele solcher Aktionen



Der Nürnberger Integrationsratsvorsitzende Ilhan Postaloglu am 11.06.2021 beim Impfen. Foto: Ilhan Postaloglu (Privatarchiv)

in Zusammenarbeit mit verschiedenen Vereinen organisiert.

In unserem Fall hatte ich Herrn Oberbürgermeister König bei einem Besuch von ihm in unserem Gemeindezentrum darauf aufmerksam gemacht und ihm im Gespräch vorgeschlagen, dass man im größten türkischen Verein Nürnbergs ja auch mal eine Impfkaktion durchführen könnte. Er hat diese Idee sofort

begeistert aufgegriffen und alle Hebel in Bewegung gesetzt, um dies möglich zu machen.

Und so haben der Herr Oberbürgermeister, ich und andere uns am 11. Juni 2021 in Anwesenheit des bayerischen Ministerpräsidenten und des Generalkonsuls der Republik Türkei in den Räumlichkeiten von DITIB Nürnberg e.V. zum Auftakt der Impfkaktion vor laufenden Kameras impfen lassen, um mit gutem Beispiel voranzugehen.

Insgesamt kam die Aktion sehr gut an. Neben unseren Vereins- und Gemeindemitgliedern konnten auch die Einwohnerinnen und Einwohner aus der Nachbarschaft die Impfgelegenheit wahrnehmen, und es sind von dort viele dazugekommen. Da die Aktion sehr erfolgreich war und gut angekommen ist, gab es später im Sommer bei uns noch eine zweite Impfkaktion, die ebenfalls sehr gut besucht war. Insgesamt standen 1.000 Dosen des Impfstoffs von Johnson & Johnson zur Verfügung, die auch alle verabreicht wurden.

HG: Damals stand insgesamt noch nicht so viel Impfstoff zur Verfügung beziehungsweise es gab einen großen Mangel und Schwierigkeiten, einen Impftermin zu bekommen, oder?

IP: Ja das stimmt, damals haben sich viele Bürger und Bürgerinnen bei ihren Hausärzten zum Impfen angemeldet, wo sie dann auf eine lange Warteliste gesetzt worden sind. Auch die online buchbaren Termine in den Impfzentren waren sehr schnell vergeben. Wir hatten das Glück, dass uns als Verein 1.000 Dosen zusätzlicher Impfstoff zur Verfügung gestellt worden sind. Als Vorsitzender des Integrationsrates war es wichtig für mich, an so einer Aktion teilzunehmen und ein Zeichen zu setzen, dass die Pandemie nur gemeinsam bekämpft werden kann.

HG: Wie ist das nun im Rückblick? War das eine richtige Aktion, und bleibt sie auch so wichtig?

IP: Aus meiner persönlichen Sicht ist es eine wichtige und richtige Aktion gewesen, die unbedingt wiederholt werden sollte. Wir erleben ja jetzt in der aktuellen Welle, dass die Impfquote insgesamt immer noch zu niedrig ist und man wieder auf Termine für Erst- und

auch Auffrischungsimpfungen warten muss. Deshalb sollte den Bürgerinnen und Bürgern mehr leicht zugängliche Angebote und Informationen unterbreitet werden. Es gibt immer noch viele Menschen, die sich vor einer Impfung zurückhalten beziehungsweise zögern, weil sie Zweifel haben, die aber überzeugt werden könnten. Genau diesen Menschen müssen wir klarmachen, dass die Impfung dazu beiträgt, sich und andere zu schützen und wieder ein normales Leben zu führen.

HG: War das auch für den Integrationsrat eine wichtige Aktion?

IP: Ja, auch für den Integrationsrat war es eine wichtige und gewichtige Angelegenheit. Wobei ich erwähnen muss, dass wir mit einem Beschluss unseres Gremiums dafür entschieden haben, uns als Institution neutral zu verhalten, sprich niemanden zu einer Impfung zu zwingen oder davon abzuraten. Aber ich als Privatperson Ilhan Postaloglu halte das Thema Impfen für sehr wichtig, da es eine globale Angelegenheit ist und uns alle beeinträchtigt und betrifft.

HG: Ihr Rat ist also: Also mit gutem Beispiel vorangehen?

IP: Genau!

Corona, das Geheimnis der Welt!

Angela La Regina



Eine Krone aus Blüten – ist dies das Corona-Geheimnis?
Foto: Angela La Regina (Privat)

Ich lebe allein und habe keine Langeweile.

Um 7:30 Uhr trinke ich meinen Kaffee,

zwischen durch schreibe ich meine Gedanken auf.

Mit meinen Gedanken habe ich fünf Bücher gefüllt.

Irgendwann gehe ich auf meinen Balkon, um die Vögel zwitschern zu hören,

und ich denke mir: Die Vögel haben nichts mit Corona zu tun!

Sie zwitschern und tanzen – nicht zu meiner Musik, sie zwitschern ihre eigene Melodie.

Nachdem ich meinen Kaffee genossen habe,

will ich eine kurze Strecke mit dem Bus fahren.

Der Bus kommt, ich blicke in ein stark gebräuntes Gesicht,

steige ein und suche in der Tasche mein Jahres-Abo.

„Ist schon ok“, sagt das braune Gesicht, aber ich habe die Karte schon gefunden –

La Corona von La Regina ohne Virus-Corona.

Der Busfahrer schenkt mir ein Lächeln, ein schönes Lächeln, und sagt Danke.

Leider ist der Bus leer; ich sitze allein da und bin traurig.

Es ist nicht die Schuld des Busfahrers, es ist das Corona-Geheimnis.

Es ist wie im Krieg: Viele Menschen sterben deswegen und gehen in den Himmel.

Andere leben in Angst und Schrecken und fürchten sich davor, was noch kommen könnte.

Es wäre super, wenn das Corona-Geheimnis sterben und in die Hölle gehen würde.

Dann könnten die Menschen auf der Erde tanzen und in der Luft fliegen.

Gewiss werden auch sie irgendwann sterben,

aber nicht wegen des Corona-Geheimnisses.

Nur die Corona von Angela La Regina bleibt auf der Erde.

Es wäre mir viel lieber, Villen am Meer mit Kinderspielflächen zu bauen,

als Masken gegen das Corona-Geheimnis zu kaufen.

Es wäre mir auch lieber, mit den Menschen dieser Welt unter

dem Abendhimmel spazieren zu gehen und die Sterne zu bewundern.

Zu sehen, wie sie Hand in Hand laufen und sich lieb haben.

Was wäre die Welt ohne Liebe und ohne Kinder?

Menschen dieser Welt, verliert nicht den Mut,

bleibt stark – bald wird das Geheimnis sterben.

Aber die Krone von Papà Antonio La Regina bleibt auf der Erde und

kann wieder nahe bei den Menschen und vor allem bei den Kindern sein.

Menschen in Nürnberg und aus aller Welt,

ich wünsche Euch lebenslange Gesundheit und Freude!

Wöhrder See und Wöhrder Wiese – ein attraktiver Naherholungsraum

Marina Susekov und Horst Göbbel

Als attraktiver Naherholungsraum hat sich in Nürnberg in den letzten Jahren der Wöhrder See und die Wöhrder Wiese herausgestellt. Es gibt insbesondere in den Sommermonaten

und zur Sauberkeit in diesem Bereich aktiv beigetragen.

Dazu schwärmten unsere Mitglieder und



zahlreiche Möglichkeiten, seine Freizeit dort zu verbringen. Die entsprechenden Bereiche am Wöhrder See werden auch von Menschen mit Migrationsgeschichte als wichtige Naherholungsstellen stark besucht. Schon seit 2017

Geschäftsstellenmitarbeiter im Rahmen einer „Kehrd wärd“-Aktion einen Nachmittag lang aus, um rund um die Norikusbucht achtlos weggeworfenen Müll einzusammeln. Bei strahlendem Herbstwetter konnte der Integ-



sind das Schwimmbad und der Strand am Wöhrder See in Nürnberg für alle Besucher frei zugänglich. Menschen und Tiere sollen vor Ort Möglichkeiten haben, sich ihres Lebens zu freuen. Der Integrationsrat, dem die lebenswerten Bedingungen am Wöhrder-See-Gelände auch am Herzen liegen, hat in einer Aktion am 16. Oktober 2021 zur Reinigung

rationsrat so etwas für die Sauberkeit unseres städtischen Naherholungsgebietes tun und nebenbei auch mit einigen interessierten Spaziergängern ins Gespräch kommen. An dieser Stelle auch nochmals vielen Dank an die Mitarbeiter von SÖR für das Bereitstellen des Equipments und für das Abholen der gesamten „Beute“!



Alle Fotos dieser Seite: Archiv des Integrationsrats. Fotografien: Gülay Incesu-Asar



IMPRESSUM

Herausgeber:

Nürnberger Rat für Integration und Zuwanderung
Geschäftsleitung: Gülay Incesu-Asar
Hans-Sachs-Platz 2
90403 Nürnberg
Telefon 0911 / 231 31-85
Telefax 0911 / 231 85-16
www.integrationsrat.nuernberg.de
integrationsrat@stadt.nuernberg.de

Vi.S.d.P.:

Ilhan Postalogu
Vorsitzender des Nürnberger Rates für Integration und Zuwanderung

Die Artikel geben die Meinung der Verfasser, nicht unbedingt die Meinung des Integrationsrates wieder. Leserbriefes sind der Redaktion willkommen.

Layout, Satz und Druck:

Layout/Satz: OTTO-NORMAL-GRAFIK

Druck: noris inklusion gGmbH

Auflage: 1.500 Exemplare (Februar 2022)

Redaktion:

Horst Göbbel
Angela La Regina
Gülay Incesu-Asar
Daniel Stanin

Über Antisemitismus – ein Essay

Daniel Feldmann

„[Die Judenfrage] ... ist natürlich nicht das einzige Problem unserer Zeit, aber ... kann als Prüfstein angesehen werden die Reife unserer Zivilisation und ihr Wunsch, dem Guten zu dienen“.

Thomas Mann

Ich hatte zuerst den Wunsch und die Intention gehabt, über den Antisemitismus und seine Geschichte zu schreiben, da die Feindschaft gegen Juden keine Erscheinung der Neuzeit ist, sondern bis in die Antike zurückreicht. Ich würde mich gerne mit dem Thema Antisemitismus, unter anderem auch mit Antisemitismus in Deutschland auseinandersetzen.

Bevor wir es aber wagen, auf diesen sehr vielschichtigen Begriff einzugehen, werde ich zunächst auf die Definition des Antisemitismus zu sprechen kommen: Was bedeutet Antisemitismus? Wo endet Kritik an der Politik Israels, wo beginnt Antisemitismus? Was bedeutet Feindschaft gegen Juden? Und wer sind die Antisemiten?

Neu im modernen Antisemitismus sind viele Formen, in denen er auftritt, selten offen, häufig getarnt: In Phrasen wie „man wird ja wohl noch sagen dürfen, dass ...“, als angebliche Israelkritik, als Relativierung und Leugnung der Geschichte. Dies ist ein Antisemitismus ohne Antisemiten, der längst die Mitte der Gesellschaft erreicht hat.

Es gab neulich wieder ein klares Déjà-vu: Auf den Straßen Deutschlands brennen israelische Fahnen, Steine fliegen in Synagogenfenster und Rufe wie „Scheiß-Juden“ sind zu hören. Hat Deutschland keine Lehren gezogen und die Geschichte wiederholt sich wieder? Im multikulturellen Deutschland von heute klingt diese Frage provokant, liegt aber dennoch nahe. Ein Neonazi-Angriff auf eine Synagoge in Halle war ein nationales Trauma. Doch wenn „Menschen mit Migrationshintergrund“ wegen des tausende Kilometer entfernten Nahost-Konflikts Synagogen in Deutschland angreifen, scheint das viele zu wundern und wird seltsamerweise ganz anders wahrgenommen. Nach einer klaren Reaktion muss noch gesucht werden.

Die Reaktion sollte sicherlich unter anderem auf Tatsachen und eindeutigen Informationen basierend erfolgen. Eine von den Tatsachen wäre aus meiner Sicht, uns klar vor Augen zu führen: Waren die Taten antisemitisch oder diffamierend? Sind solche Personen Antisemiten?

Die von der International Holocaust Remembrance Alliance formulierte Arbeitsdefinition von Antisemitismus wurde auf der ersten Plenarsitzung in Bukarest im Mai 2016 verabschiedet. Die Definition wurde im Dezember 2016 beim Treffen des OSZE-Außenministerrates in Hamburg als offiziell für die Mitgliedsstaaten deklariert, ist aber aufgrund der Position Russlands nicht genehmigt worden. Der Kernpunkt der neuen Definition ist die Definition von Propaganda radikaler antisraelischer Ansichten.

Dieses Dokument soll als praktisches Instrument zur Identifizierung von Vorfällen, zur Sammlung von Daten und zur Förderung der Umsetzung und Stärkung antisemitischer Rechtsvorschriften dienen.

Arbeitsdefinition:

„Antisemitismus ist eine spezifische Wahrnehmung von Juden, die sich in Hass gegenüber Juden ausdrückt. Mündliche und körperliche Äußerungen von Antisemitismus richten sich

gegen Juden und Nichtjuden und/oder gegen deren Eigentum, gegen jüdische Gemeinden und Organisationen und religiöse Einrichtungen.“

Darüber hinaus können sich solche Manifestationen auch gegen den als jüdisches Kollektiv wahrgenommenen Staat Israel richten. Antisemitismus schreibt Juden oft Verschwörungen zu, um der Menschheit zu schaden und wird oft verwendet, um Juden dafür zu beschuldigen, etwas „Falsches“ zu tun. Er äußert sich in verbalen, schriftlichen, visuellen Formen und Handlungen, in der Verwendung böser Stereotypen und der Zuschreibung negativer Charaktereigenschaften.

Moderne Beispiele für die Manifestation von Antisemitismus im öffentlichen Leben, in den Medien, in der Schule, am Arbeitsplatz oder im religiösen Bereich können sich unter Berücksichtigung des allgemeinen Kontextes in folgenden Formen manifestieren, ohne darauf beschränkt zu sein:

- Aufruf, Rechtfertigung oder Erleichterung der Tötung oder Verletzung von Juden im Namen radikaler Ideologien oder extremistischer religiöser Ansichten;
- Falsche, unmenschliche, diffamierende oder stereotype Anschuldigungen über Juden als solche oder über jüdische kollektive Macht zu machen – insbesondere, aber nicht ausschließlich, den Mythos einer weltweiten

- Jüdische Bürger der bevorzugten Loyalität gegenüber dem Staat Israel oder der Bevorzugung der Interessen der Juden auf der ganzen Welt gegenüber denen ihres eigenen Landes zu beschuldigen.

Beispiele für Manifestationen von Antisemitismus gegen den Staat Israel können im allgemeinen Kontext sein wie folgt:

- Verweigerung des Rechts des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung, beispielsweise indem die Existenz des Staates Israel als rassistisches Projekt bezeichnet wird;
- die Anwendung von Doppelstandards, die von ihm ein Verhalten verlangen, das von keinem anderen demokratischen Staat verlangt oder erwartet wird;
- Verwendung von Symbolen und Assoziationen, die mit klassischem Antisemitismus verbunden sind (z. B. die Anschuldigung gegen Juden, Christus getötet zu haben oder Ritualmorde zu begehen), um Israel oder Israelis zu charakterisieren;
- Verwendung von Vergleichen der zeitgenössischen israelischen Politik mit der von Nazis;
- den Juden die kollektive Verantwortung für die Handlungen des Staates Israel zuzuschreiben;
- *Kritik an Israel, die der Kritik an anderen Staaten ähnlich ist, sollte jedoch nicht als Antisemitismus angesehen werden.*

Antisemitismus eine Art „Ergänzung“ zu Rechtsextremismus und Rassismus ist. Es ist wichtig zu verstehen, dass in der Tat verbale und physische antisemitische Angriffe von Menschen mit einer Vielzahl von politischen und sozialen Ansichten verübt werden können. Es gibt antisemitische Äußerungen und Aktionen von Rechtsradikalen und sonstigen Extremisten, Liberalen und Linken, Christen und Muslimen. Es gibt keine Anzeichen, die einen Antisemiten in einem normalen Menschen sofort erkennbar machen würden.

Im modernen Deutschland mit seiner Nazi-Vergangenheit wiegt der Vorwurf des Antisemitismus besonders schwer. Dementsprechend scharf ist auch die Debatte zu diesem Thema.

Für Menschen, die sich fortschrittlichen Kreisen zugehörig fühlen, tut es besonders weh und ist es extrem schwer, Intoleranz wahrzunehmen, wenn sie von Gleichgesinnten ausgeht. Viele erwähnen, dass Manifestationen von Antisemitismus mit dem Konflikt im Nahen Osten verbunden sind und durch „Wellen“ verstärkt werden, wenn lokalen Juden die Verantwortung für die dort stattfindenden Ereignisse zugeschrieben wird. Die antisraelische Motivation für die antijüdische Stimmung war und ist bedeutsam.

Rechter Antisemitismus überrascht die Befragten dagegen weniger, da die extreme Rechte von ihnen ohnehin als „feindlich“



*Jüdisches Leben in Deutschland, hier ein Gottesdienst in der Synagoge in Regensburg, wird wieder vermehrt zur Zielscheibe antisemitischer Angriffe.
Foto: Bayerischer Rundfunk*

jüdischen Verschwörung zu propagieren oder von Juden, die die Medien, die Wirtschaft, Regierungen und andere Institutionen der Gesellschaft kontrollieren;

- Juden, denen die Verantwortung für echtes oder vorsätzliches Fehlverhalten bestimmter jüdischer Einzelpersonen oder Gruppen oder sogar für Handlungen von Nichtjuden zugeschrieben wird;
- Leugnung der Tatsache, des Umfangs, der Mechanismen (z. B. Gaskammern) oder der Vorsätzlichkeit des Völkermords am jüdischen Volk, begangen durch das nationalsozialistische Deutschland und seine Unterstützer und Helfershelfer während des Zweiten Weltkrieges (Holocaust);
- Die Juden als Volk und Israel als einen Staat zu beschuldigen, der das Ausmaß des Holocaust erfindet und übertreibt;

Antisemitische Handlungen sind kriminell, wenn sie gesetzlich definiert sind (z. B. die Leugnung des Holocaust oder die Verbreitung antisemitischen Materials in einigen Ländern).

Kriminelle Handlungen sind antisemitisch, wenn die Ziele von Angriffen auf Personen oder Eigentum – wie Schulen, religiöse Einrichtungen und Friedhöfe – aufgrund ihrer tatsächlichen oder vermeintlichen jüdischen Verbindung ausgewählt werden.

Antisemitische Diskriminierung verweigert Juden den gleichen Zugang zu Chancen oder Ressourcen, die allen anderen zur Verfügung stehen, und ist in vielen Ländern verboten.

Wer sind denn die Antisemiten?

Nach wie vor glauben viele Menschen, dass

erwartet wird. Antisemitische Ideen sind in der Tat ein fester Bestandteil der rechtsextremen Ideologie und repräsentative Umfragen zeigen, dass die entsprechenden Stimmungen eher für Menschen charakteristisch sind, die sich mit der traditionellen oder neuen Rechten identifizieren.

Ich vermute, dass es einige gemeinsame kollektive Erfahrungen mit Diskriminierung gibt, die nicht unbedingt alle betreffen. Es gibt mehrere Ebenen der Intoleranz, die miteinander verflochten sind und übereinandergelegt werden können.

Die erste Ebene nennen wir „ausdrücklich besondere Haltung“. In diesem Fall werden die Juden als besondere, wie „unnatürliche“ Vertreter der Gesellschaft angesehen. Ein Beispiel dafür ist der Ausdruck „jüdische Mitbürger“, der häufig in öffentlichen Äußerungen

Fortsetzung Seite 8

Fortsetzung von Seite 7

verwendet wird. Das Wort „jüdische“ unterscheidet sie von den einfachen „Bürgern“. Ein anderes Beispiel ist der Philosemitismus, also ein betonter Respekt vor der nationalen Identität, der verhindert, dass Menschen gerecht sind. Es kommt vor, dass man sich überlegen muss, wann und wie man Freunden und Kollegen von seiner jüdischen Nationalität erzählt, weil man sich im Voraus auf eine übertriebene positive oder negative Reaktion vorbereitet. Die zweite Ebene antisemitischer Manifesta-

Das Thema Israel in Bezug auf Antisemitismus

Wie Antisemitismus generell, operiert auch israelbezogener Antisemitismus unabhängig von der Realität — obwohl Krisen innerhalb dieses Territorialkonflikts immer wieder zu antisemitischen Mobilisierungen genutzt werden. Die soziale Wirklichkeit des arabisch-israelischen Konflikts ist indes ebenso wenig eine Ursache von Antisemitismus wie ein militärischer Konflikt in Afrika für rassistische



Sich „gegen Antisemitismus“ auszusprechen ist leicht – aber was genau ist eigentlich antisemitisch?
Foto: picture alliance / dpa

tionen ist die offene Aggression: verbal („Witze“ oder direkte Beleidigungen) und nonverbal (Drohungen und körperliche Gewalt). Dabei verwenden die Aggressoren sowohl traditionelle als auch moderne antisemitische Narrative, die man praktisch überall treffen kann: am Arbeitsplatz, zu Hause, auf der Straße oder in nichtjüdischen Schulen. Schließlich sind jüdische Gemeinden gezwungen, die Möglichkeit terroristischer Anschläge wie im Oktober 2019 in Halle zu berücksichtigen. Außerdem sollte man nicht vergessen, dass Juden mit Israel in Verbindung gebracht werden, so dass die Haltung der Mehrheit zur israelischen Frage zu einer betonten Sonderhaltung oder zu Feindseligkeit, Aggression und manchmal auch Gewalt führen kann. Ein **weiteres äußerst schwieriges Thema** ist die Angst vor einer Zunahme antisemitischer Stimmungen im Zusammenhang mit der Aufnahme von Flüchtlingen aus den Ländern des Nahen Ostens und Nordafrikas. Einerseits ist festzuhalten, dass Antisemitismus unter deutschen Muslimen und Flüchtlingen sowie in anderen Bevölkerungsgruppen weit verbreitet ist. Andererseits kann die öffentliche Debatte schiefgehen, wenn eine ganze Gruppe von Menschen wahllos als „Muslime“ abgestempelt wird und diejenigen, die Vollbürger Deutschlands sind, wieder als „andere“ dargestellt werden. Es ist notwendig, klare Unterscheidungen zu treffen, um die Verbreitung des anti-islamischen Diskurses nicht zu unterstützen. Dies zeigt sich daran, dass sie sich bemühen, getrennt über das Problem des Antisemitismus in muslimischen Gemeinden und in extremistischen Organisationen zu sprechen, um eine wahllose Stigmatisierung zu vermeiden. Es ist die Frage, warum einige vor allem jüngere Juden, die durch muslimische Jugendliche (genauer gesagt, denjenigen, die sich zum radikalen Islam bekennen) mit mehr Antisemitismus konfrontiert sind (zum Beispiel auch russischsprachige Juden) und ihn dadurch besonders hart erleben. Vielleicht, weil diese Version der Fremdenfeindlichkeit so radikal und aggressiv ist, dass sie viel bedrohlicher wahrgenommen wird als beispielsweise die antisemitische Israel-Poesie von Günter Grass. Es lohnt sich aber nicht, diese Erfahrung an die gesamte soziale Gruppe als Ganzes zu übertragen.

Diskriminierung.

Entsprechend selten werden die vielen palästinensischen Opfer im brutalen, grenzüberschreitenden Bürgerkrieg in Syrien thematisiert. Dabei spielt auch beim israelbezogenen Antisemitismus die Herkunft des Redenden zunächst keine Rolle, denn es kommt auf den Sinngehalt von Ressentiments an, die aus der Gesellschaft kommen; selbstverständlich können auch Juden unter Bezug auf Israel Antisemitismus verbreiten. Allerdings sind Juden von Israelfeindschaft als personifizierte Objekte eines gegen sie gerichteten Antisemitismus besonders betroffen.

Dies zeigt sich gerade an Schulen: Jüdische Schüler*innen und Lehrer*innen sind heute vielfach mit antisemitischen Feindbildern konfrontiert — vor allem jedoch mit solchen, die einen Israelbezug aufweisen (vgl. Bernstein 2020).

Einige klare Beispiele des Antisemitismus

In Deutschland:

Im November 2019 postete ein Ehrenmitglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) auf seinem Facebook-Blog: „Zionistischer Terrorstaat“ Israel verstößt gegen das Völkerrecht und weist Bewohner palästinensischer Enklaven aus, „damit Angehörige der jüdischen ‚dominanten Rasse‘ dort in der Landwirtschaft tätig sein können“. Und ganz unten fügte er hinzu: „P.S. Das ist kein Antisemitismus.“ Der DGB hat diesen Text anders interpretiert. Das Ehrenmitglied verlor sowohl Ehre als auch Mitgliedschaft in dieser Organisation.

Dieser Facebook-Post ist eines der deutlichsten Beispiele für das Moment, in dem Kritik an Israel Grenzen überschreitet und zu Antisemitismus wird: Israel wird dämonisiert, für den Nahostkonflikt verantwortlich gemacht und mit rein Nazi-Definitionen wie „dominante Rasse“ diffamiert.

Im Vereinigten Königreich:

Laut einem Video, das in den sozialen Medien weit verbreitet war, war auf den Straßen in London ein Konvoi von Autos mit palästinensischen Flaggen zu sehen. Rufe, Juden zu töten und ihre Töchter zu vergewaltigen, wurden von Autos über ein Megaphon verbreitet.

In den USA:

Israel, so beharren seine Hasser, „impft die Apartheid“. Israel impft seine Bürger – sowohl Juden als auch Nichtjuden – „rassistisch“, indem es dies den palästinensischen Arabern unter der Palästinensischen Autonomiebehörde verweigert.

Eine der lautesten und einflussreichsten Stimmen, die dieser neuen antijüdischen „Mordfabel durch Unterlassen“ das Wort reden, ist die Kongressabgeordnete Rashida Tlaib. In einem kürzlich geführten Interview sprach sie über Israels Impfkampagne wie folgt: „Israelis sollten diesen Impfstoff an das palästinensische Volk, seine Nachbarn, verteilen.“

Israels Versäumnis, palästinensische Araber zu impfen, sagte sie, „bestätigt einfach, was das palästinensische Volk und viele Menschenrechtsgruppen seit Langem als einen Apartheidstaat bezeichnen.“

Tlaibs Behauptung, die von ihren antiisraelischen Kollegen im Kongress, den Demokraten Joaquin Castro und Jamaal Bowman, wiederholt wurde, ist falsch und diskreditiert den jüdischen Staat absichtlich.

Es ist eigentlich einfach zu erklären, warum die Palästinenser nicht durch Israel geimpft werden. Wie in jedem anderen Staat haben auch die palästinensischen Araber eine eigene Führung und ein eigenes Gesundheitsamt, das für sie verantwortlich ist und sich um sie kümmert.

Dies bedeutet nicht, dass Israel den palästinensischen Arabern keine kolossale Hilfe im Kampf gegen COVID-19 gewährt hat. Ganz im Gegenteil.

Obwohl Israel seit dem Ausbruch der Pandemie nicht für die medizinische Versorgung der palästinensischen Araber gemäß den Bestimmungen des Oslo-Abkommens verantwortlich ist, haben seine Behörden mit der Palästinensischen Autonomiebehörde und den Vereinten Nationen zusammengearbeitet, um das medizinische Personal der Autonomiebehörde für Tests auszubilden und Betreuung von Patienten mit COVID-19 zu gewährleisten.

Die Palästinensische Autonomiebehörde hat aber beschlossen, im Rahmen ihres Boykotts der israelischen Regierung nicht gemeinsam mit Israel Pfizer- und Moderna-Impfstoffe zu kaufen. Stattdessen beschloss die PA, den russischen Sputnik-V-Impfstoff zu kaufen, und



Nicht nur in Deutschland, sondern weltweit sehen sich Jüdinnen und Juden mit einem erstarkenden Antisemitismus konfrontiert. Foto: getty images

Israel half sofort bei der Lieferung.

Gleichzeitig beschloss die Autonomiebehörde nicht nur, nicht mit Israel bei der Impfung der eigenen Bevölkerung zusammenzuarbeiten, sondern verzichtete auch auf die Schutzmittel gegen COVID-19, die die Vereinigten Arabischen Emirate ihrer Bevölkerung übergeben hatten und die mit humanitärer Hilfe auf dem israelischen Flughafen Ben Gurion gelandet waren.

Zusammen mit Bowman und Castro, und obwohl es zahlreiche Beweise für Tlaibs böswillige Unehrllichkeit gibt, sprangen Organisationen wie Human Rights Watch und eine Reihe führender Medien, darunter die BBC, schnell auf Tlaibs antisemitischen Zug auf und replizierten stattdessen ihre Lügen, anstatt die Fakten zu überprüfen.

BDS

Was bedeutet BDS? „Boycott-Divestment-Sanctions“. Das ist eine Bewegung, die nichts anderes ist als die moderne Version von „Kauft nicht beim Juden“.

Man geht wohl nicht fehl, wenn man die BDS-Bewegung als den derzeit weltweit bekanntesten, aktivsten und bestvernetzten antiisraelischen Zusammenschluss bezeichnet. Diese Bewegung, die Israel für einen „Apartheidstaat“ wie ehemals Südafrika hält, ruft zu einem umfassenden wirtschaftlichen, politischen, akademischen und künstlerischen Boykott Israels sowie zu einem Kapitalabzug, Embargos und Zwangsmaßnahmen auf.

BDS wird als Bestandteil des Kampfes gegen Israels Existenz angesehen und verwendet. Einer von nicht mal sehr „versteckten“ Punkten auf der Agenda von BDS ist eine Kein-Staat-Israel-Lösung. Die Parole „From the river to the sea – Palestine will be free“, die nicht weniger beinhaltet als die Forderung nach einer Vernichtung des jüdischen Staates, gehört bei jeder BDS-Aktion fest zum Repertoire.

Wie soll man dagegen vorgehen?

Die Erziehung und die Aufklärung sollen bereits in den Schulen und Kindergärten beginnen.

Kognitiv orientierte Schuldidaktik versucht, Wissen über den Nationalsozialismus und den Holocaust ohne Bezug zur Persönlichkeit und Familiengeschichte des Schülers zu vermitteln.

Diese Herangehensweise vermittelt manchmal das Gefühl, dass genug gesagt ist und der Wunsch, diesem Thema nachzugehen, schwindet. Wenn wir diesen ausgetretenen Pfad sowohl im sinnvollen als auch im didaktischen Sinne verlassen, also versuchen, mit Emotionen zu arbeiten, eine persönliche Wahrnehmung der Geschichte des Holocaust zu bilden oder das Thema moderner Antisemitismus in seiner Gesamtheit, dann wird dies viel mehr Interesse wecken.

Gleichzeitig ist es wichtig, sich „Juden nicht als Opfer einer weiteren Aggression vorzustellen“, was bei einer ausschließlichen Konzentration auf Holocaust und Antisemitismus geschieht, sondern über jüdische Kultur, jüdisches Volk sowie seine Vergangenheit und Gegenwart zu sprechen. Die modernen Juden

kennenzulernen, ist genauso wichtig, wie die Kontakte und Austausch zwischen allen gesellschaftlichen Bevölkerungsschichten in Deutschland und in Israel herzustellen.

Schließlich darf nicht vergessen werden, dass Bildungsarbeit in einer heterogenen multinationalen Gesellschaft geleistet wird, in der es eine Vielzahl von Gedenkdaten und historischen Erzählungen zum Holocaust und zum allgemeinen Antisemitismus gibt.

Die Berichterstattung über den Holocaust und die Berichterstattung über den zeitgenössischen Antisemitismus sind völlig unterschiedliche Aspekte, obwohl beiderseits Änderungen erforderlich sind, die ebenfalls so früh wie möglich für die heranwachsenden Generationen und unter allen Bevölkerungsschichten und Gruppen verständlich und wahrheitsgemäß präsentiert werden müssen.

„Vieles bleibt im Dunkeln, nur wenig kommt ans Licht“

Ronen Steinke (geboren 1983 in Erlangen, aufgewachsen in Nürnberg, Abitur am Willstätter-Gymnasium) ist Redakteur der Süddeutschen Zeitung. Der promovierte Jurist recherchiert seit Jahren zu Extremismus und Terrorismus. Im Berlin Verlag erschienen zuletzt seine Bücher „Der Muslim und die Jüdin - Die Geschichte einer Rettung“ (2017) und „Terror gegen Juden – wie antisemitische Gewalt erstarkt und der Staat versagt“ (2020).

In Deutschland, heißt es im Vorspann des jüngsten Buches, hat man sich an Zustände gewöhnt, an die man sich niemals gewöhnen darf: jüdische Schulen müssen von Bewaffneten bewacht werden, jüdischer Gottesdienst findet unter Polizeischutz statt, Bedrohungen nehmen zu. Jüdisches Leben zieht sich in Deutschland immer mehr hinter Mauern zurück. Der Staat hat zugelassen, dass es so weit kommt – durch eine Polizei, die diese Gefahr vielerorts nur verwaltet, durch eine Justiz, die immer wieder beschönigt. Ich traf Herrn Steinke, den ich seit seiner Schulzeit kenne,

der zu treffen. Denken Sie manchmal noch an das Willstätter-Gymnasium? Ich denke, Sie bereuen sicherlich nicht, dass Sie gerade hier Ihre Ausbildung genossen haben.

RS: Klar denke ich gerne an das Willstätter-Gymnasium zurück und besuche es auch gerne. Die Schule, an der man Abitur gemacht hat, ist immer etwas Besonderes.

HG: Das ist immer etwas Besonderes, ja. Es ist immer irgendwo die Grundlage dessen, was da läuft.

Ihr Buch „Terror gegen Juden. Wie antisemitische Gewalt erstarkt und der Staat versagt“ ist brandaktuell und sehr aufschlussreich. Das haben wir auch heute hier bei Ihrer Lesung deutlich erfahren. Meine erste Frage von dreien: Nürnberg ist ja von Rassismus und von Antisemitismus nicht verschont. Wie äußert sich Antisemitismus aktuell in unserer Gesellschaft? Vielleicht anhand von drei, vier kurzen Beispielen?

RS: Nürnberg und Franken insgesamt ist ja

bewegen. Nürnberg ist aber auch nach dem Krieg eine Stadt gewesen, in der der Antisemitismus besonders virulent gewesen ist, viel mehr als in anderen Regionen Deutschlands.

Wie äußert er sich heute? Er äußert sich in Form von verbaler und physischer Aggression gegen Jüdinnen und Juden. Er äußert sich darin, dass jüdische Einrichtungen – die jüdische Gemeinde in Nürnberg beispielsweise, die IKG – attackiert werden mit Steinwürfen, von Leuten, die das Gebäude angreifen, und darin, dass jüdische Menschen selber um ihre Sicherheit fürchten. Es gibt Übergriffe auf Leute, die als jüdisch erkennbar werden. Gerade erst vor zwei Wochen ist in Hamburg wieder jemand krankenhausreif geschlagen worden, weil er eine Kippa getragen hat, mit der Kippa als Jude erkennbar war. Ein paar Monate zuvor, auch in Hamburg, ist jemand auch mit Kippa in die Synagoge hineingegangen und ist von einem Angreifer attackiert worden, der ihm den Kiefer gebrochen hat. Das sind Taten, die auf diese winzig kleine jüdische Community – die so klein ist, dass man sich untereinander kennt – einprasseln.

HG: Vermutlich sind das alles Aktionen und Taten, die nur ein Minimum dessen sind, was bekannt wird.

RS: Nur jede fünfte Tat wird überhaupt angezeigt. Bei den allermeisten Taten entscheiden sich die Betroffenen, es lieber für sich zu behalten, es vielleicht in sich hineinzufressen und dann ihren Frust mit sich selbst auszumachen. Das ist schlecht, das ist schlimm. Das bedeutet, dass das Problem nicht adressiert werden kann und dass auch den Tätern niemand entgegentritt. Es klingt so abstrakt, wenn man sagt: Vieles bleibt im Dunkeln, nur wenig kommt ans Licht. Ganz konkret bedeutet dies, dass die Täter die Erfahrung machen: Es lohnt sich! Die Täter machen zu oft die Erfahrung: Du kannst es machen, du kannst jemanden antisemitisch attackieren, und es wird nichts passieren. Es wird sich keiner regen. Das ist ein Problem. Es besteht ein großer Raum der Straflosigkeit für diese Form von Hasskriminalität.

HG: Ich möchte die Frage, die ich vorhin während der Diskussion nach dem Vortrag gestellt habe, noch einmal in den Raum stellen, und zwar: Welche Rolle spielt die Politik des israelischen Staates im Zusammenhang mit Antisemitismus in Deutschland?

RS: Wann immer der Nahostkonflikt hochkocht, so wie das im Mai 2021 der Fall gewesen ist, merkt man das auch in Deutschland. Die jüdischen Gemeinden bekommen das in der Form zu spüren, dass auch die Aggressionen hierzulande wieder stärker werden. Da gibt es eine deutliche Wechselwirkung. Es gibt ja im Grund auch nichts dagegen zu sagen, dass Leute wütend auf die israelische Politik reagieren, dass sie zum Beispiel die Kriegsführung in Gaza sehr kritikwürdig finden und dagegen protestieren wollen. Aber es gibt keinerlei Ausreden dafür, wenn Leute mit dieser Begründung vor Synagogen ziehen. Juden in Wuppertal, Nürnberg oder Bremen sind nicht Israel – sind also auch nicht die richtigen Adressaten, um die Wut über die Politik Israels abzureagieren.

HG: Die letzte Frage, die ich noch stellen möchte: Was kann der deutsche Staat konkret tun, um Antisemitismus zurückzudrängen, und was können wir Bürger tun, wenn es darum geht, sich dem Antisemitismus entgegenzustellen?

RS: Beim Staat wäre es wichtig, dass die Mentalität wächst, dass es keine vornehmere Aufgabe gibt, als die Schwachen zu beschützen. Die Starken können sich notfalls selber schützen – dringend auf den Staat angewiesen sind dagegen die Schwachen. „Schwach“ hier im Sinne von kleinen, zahlenmäßig schwachen Gruppen. Das sollte bei der Polizei viel stärker verinnerlicht werden.

Was uns Bürger angeht: Jeder, der sich im Internet, in sozialen Medien bewegt, bekommt ja zumindest als Zeuge mit, wie Menschen rassistisch, frauenfeindlich oder antisemitisch beschimpft werden. Wir Bürger sollten uns im



Das jüngste, 2020 erschienene und hier besprochene Werk des promovierten Juristen Steinke: „Terror gegen Juden. Wie antisemitische Gewalt erstarkt und der Staat versagt“ Foto: Berlin Verlag

Klaren sein, dass wir in einer solchen Situation überhaupt nicht machtlos sind, sondern Vieles zum Guten oder Schlechten wenden können. Opfer einer solchen verbalen Attacke zu sein, bedeutet für den Betroffenen, dass man enormen Mut braucht, um sich zu wehren. Dieser Mut muss irgendwo herkommen. Wenn man erlebt, dass andere Leute sich hinter einen stellen, dass sie einem Zuspruch geben, dass sie ihre Unterstützung zumindest verbal ausdrücken, dann wächst der Mut schon. Das heißt, jeder von uns, der so etwas mitbekommt, kann durch das richtige Wort im richtigen Moment helfen. Manchmal genügt schon ein Klick, ein kleines „like“ auf einer Social-Media-Plattform. Mehr braucht es manchmal gar nicht, um zu zeigen, dass man jemanden unterstützt. Diese Form von Solidarität kann jeder jederzeit praktizieren.

HG: Vielen Dank, Herr Steinke!

RS: Ebenfalls vielen Dank!



Der gebürtiger Erlanger Journalist Ronen Steinke war am 06.10.2021 zu einer Lesung zu Gast in der Nürnberger Caritas-Pirckheimer-Akademie. Foto: Horst Göbbel (Privatarchiv)

bei einer Lesung in der Caritas-Pirckheimer Akademie am 6. Oktober 2021.

HG: Guten Abend, Herr Steinke! Ich freue mich, Sie nach Jahren hier in Nürnberg wie-

eine Hochburg des Antisemitismus, historisch gewesen und auch heute noch. Ich bin aufgewachsen im Schatten des Reichsparteitagsgeländes – da ist es schwer zu übersehen, in was für einer Historie wir uns hier immer noch

Sind deutsche Aussiedler in Nürnberg integriert?

Horst Göbbel

Es gibt immer wieder Stimmen, die behaupten, Aussiedler seien doch Deutsche mit vollen staatsbürgerlichen Rechten und deswegen im Integrationsrat eigentlich fehl am Platze. Dem ist entgegenzuhalten, sie sind zwar Deutsche, jedoch zugewanderte Deutsche mit ähnlicher Lebenslage wie alle anderen aus dem Ausland eingewanderten Menschen, denen hier die Aufgabe der Integration in die bundesdeutsche Gesellschaft bevorsteht.

Wer sind die Aussiedler?

Rund 75.000 der zurzeit in Nürnberg lebenden 530.000 Einwohner zählen zu den deutschen Aussiedlern aus Osteuropa und der früheren Sowjetunion. Aussiedler gelten als gut integrierte Neubürger und begreifen sich als Teil der kulturellen Vielfalt Nürnbergs. Ihre gelungene Integration bedeutet knapp formuliert: Ihre chancengleiche Teilhabe an den zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens (Bildung, Ausbildung, Arbeitsleben, Politik, Kultur, Freizeit) ist Realität.

Aussiedler sind nach dem Bundesvertriebenengesetz (BVFG) deutsche Staats- und/oder Volkszugehörige, die u. a. im Zusammenhang mit den Ereignissen des Zweiten Weltkriegs ihren Wohnsitz in den ehemaligen Ostgebieten durch Vertreibung verloren haben oder im Wege des Aufnahmeverfahrens nach 1949 die früheren deutschen Ostgebiete, bzw. osteuropäische Staaten verlassen haben. (...) Aussiedler sind Deutsche im Sinne von Art. 116 Abs. 1 Grundgesetz: „Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als



Grafik: Horst Göbbel (Internet)

Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat.“

Seit Kriegsende bis 1950 sind 12.750.000 Deutsche als Heimatvertriebene in Deutschland aufgenommen worden, hinzu kamen ab 1950 knapp 5,5 Millionen deutsche Aussiedler (seit 1993 „Spätaussiedler“ genannt). Sie sind vorwiegend zugewandert aus dem heutigen Polen (Oberschlesier, Schlesier), Rumänien (Banater Schwaben, Siebenbürger Sachsen, Sathmarer Schwaben, Oberwischauer Zipser, Bukowinadeutsche ...) und die GUS-Staaten (= frühere Sowjetunion, Heimat der zahlreichen „Deutschen aus Russland“).

Mitte der 1980er Jahre wanderten ca. 50.000 Aussiedler jährlich ein und ihre Zahl stieg bis 1990 auf ca. 400.000 an. Die Zuwanderung von Aussiedlern nach Deutschland hat sich in den letzten Jahren durch zahlreiche direkte und indirekte Steuerungsmaßnahmen der verschiedenen Bundesregierungen deutlich reduziert. Aussiedler erwerben unmittelbar mit ihrer Einreise die deutsche Staatsangehörigkeit gemäß Grundgesetz, Artikel 116.

Nürnberg: „Tor zur Freiheit“

Die Stadt Nürnberg war mit ihrer Durchgangsstelle für Aussiedler (eingerrichtet am 12.12.1960) bis 1994 (als sie in eine Landesaufnahmestelle Bayern umgewandelt wurde) für 445.491 Aussiedler (ab 01.01.1993 Spätaussiedler) die aus Osteuropa und der UdSSR bzw. deren Nachfolgestaaten in die Bundesrepublik zugewandert sind, das „Tor zur Freiheit“. Nach Schätzungen des Bundesministeriums des Innern (BMI) leben in den Staaten Ostmittel-, Ost- und Südeuropas einschließlich der asiatischen Nachfolgestaaten



Grafik: Horst Göbbel (Internet)

der Sowjetunion noch etwa 1,2 bis 1,5 Millionen Angehörige der deutschen Minderheit. Aussiedler - deutsche Mitbürger oder ungebetene Eindringlinge?

Millionen Deutsche lebten seit dem Zweiten Weltkrieg in ihren Herkunftsländern unter politischen Verhältnissen, die ihnen eine Selbstverwirklichung nach demokratischen Prinzipien nicht erlaubten. Diktatorische, menschenrechtsverachtende und minderheitenfeindliche Regime standen ihnen im Wege. Diese Menschen versuchten deswegen, diesen Zuständen zu entfliehen und fanden Zuflucht in Deutschland. Sie sind durch Geburt, Abstammung, durch Muttersprache und Geschichte, durch Kultur und Religion geprägte Deutsche, z. T. erst seit 1945 Auslandsdeutsche. Diesen Auslandsdeutschen drohte bzw. droht in ihren Heimatländern nach all den bisherigen Verfolgungen wegen ihres Deutschseins der Verlust ihrer nationalen Identität als Deutsche. Auch der Sturz der kommunistischen Diktaturen in Osteuropa 1989/90 konnte den Exodus dieser Menschen nicht mehr aufhalten.

Streben nach Freiheit als wesentliche Antriebskraft

Bis zum Zweiten Weltkrieg lebten in Osteuropa die verschiedenen Volksgruppen mehr oder weniger einträchtig nebeneinander oder miteinander. Diese außerhalb des Deutschen Reiches lebenden Deutschen haben die Lasten des Zweiten Weltkriegs und seine Folgen mittragen müssen, allein weil sie Deutsche waren: zunächst als Kanonenfutter in Hitlers Kriegsmaschinerie und anschließend in stalinistischen Arbeitslagern (um nur zwei Aspekte zu nennen). Ihre materiellen Verluste durch entschädigungslosen Einzug ihres gesamten Eigentums in den früheren Ostblockstaaten, allein weil sie Deutsche waren, sind nicht zu messen. Für Jahrzehnte trennte sie eine

todbringende, streng gesicherte Grenze von ihrem deutschen Vaterland. Alle Deutschen hinter dem „Eisernen Vorhang“ mussten nach 1945 genauso für die Niederlage im Zweiten Weltkrieg büßen, wie die in Deutschland (Ost und West) lebenden Deutschen. Sie mussten physisch, materiell, rechtlich, kulturell für den NS-Wahnsinn mitbezahlen

Die Deutschen im Osten wurden zu Fremden in der eigenen Heimat, sie mussten die Verweigerung ihnen zustehender Minderheitenrechte erdulden, sie mussten immer neue

Schikanen und Beleidigungen ertragen. Viele hielten diesem Druck nicht mehr stand. Sie wollten frei sein und wieder als Deutsche unter ihresgleichen in Freiheit leben. Die Aussiedlung war für sie der letzte Ausweg, den sie für sich und ihre Kinder auch nach dem Sturz des Kommunismus sahen. Allein 1990 kehrten 397.073 deutsche Aussiedler Osteuropa den Rücken (1991: 221.995 1994: 222.591 1997: 134.419). Tausende betraten in Nürnberg deutschen Boden.

Diese Menschen kamen in erster Reihe nach Deutschland, weil sie als freie Menschen in einem demokratischen Rechtsstaat, in dem Menschenrechte garantiert sind, leben wollen. Diese Menschen waren satt von den täglichen brutalen oder raffinierten Menschenrechtsverletzungen, satt vom sozialistischen Alltag, satt von der ständigen Gängelung, Schlamperei und Ämterpatronage, satt von der jahrzehntelangen, katastrophalen Unterversorgung mit einfachsten Dingen des täglichen Bedarfs, satt von der unaufhörlichen Bspitzelung durch die Geheimdienste, satt von der erdrückenden Allmacht der kommunistischen Partei, satt von der allgemeinen Perspektivlosigkeit und Zukunftsangst.

Dass die Ausreise keinesfalls so einfach war, wie es klingt, beweisen hunderttausende Aussiedler, die das Antragsverfahren in ihren Heimatländern durchleiden mussten. Antragstellung und Warten auf Pass wurden nämlich begleitet von einer Vielzahl von raffinierten Schikanen und Bestechungsspielchen, da man den kommunistischen Behörden auf Gnade oder Ungnade ausgeliefert war. Genehmigung, Vorbereitungen für die Abfahrt - alles verbunden mit dem Verschleudern des in langen Jahren mühsam erworbenen Hab und Gutes, mit unzähligen Rennereien, Demütigungen, Schmiergeldzahlungen - schließlich die Ausreise waren die Stationen für die dennoch Glücklichen. Erst danach war man end-

lich am Ziel der Wünsche: In Nürnberg. Die erste große - sehr angenehme - Überraschung nach der Ankunft: In der Durchgangsstelle für Aussiedler wurde man ernst genommen, man wurde freundlich und höflich, man wurde erstmals als mündiger Bürger behandelt.

Ist die Bundesrepublik Deutschland überhaupt verpflichtet, Deutsche aus dem Osten aufzunehmen?

Der Zweite Weltkrieg wurde in Europa von Hitler-Deutschland angezettelt. Hitler-Deutschland hat also die in der Folge des Zweiten Weltkriegs entstandene katastrophale Lage der Deutschen in Osteuropa mit verschuldet. Die Bundesrepublik Deutschland hat seit 1949 die große historische Bürde auf sich genommen, die Rechtsnachfolge des 1945 zerstörten Deutschen Reiches anzutreten. Sie übernahm für das gesamte deutsche Volk damit auch alle politischen, rechtlichen, finanziellen und moralischen Konsequenzen, die sich aus dieser Rechtsnachfolge ergaben. Dazu gehört auch die Aufnahme aller Deutschen aus dem Osten als gleichberechtigte deutsche Staatsbürger im Bundesgebiet, die Bereitstellung vielfältiger - auch finanzieller - Mittel als Starthilfe und ihre Eingliederung in die bundesdeutsche Gesellschaft. Diese gilt als eine der größten Leistungen der Bundesrepublik Deutschland.

Wie steht es um die Aufnahmebereitschaft gegenüber deutschen Aussiedlern?

Die Aufnahmebereitschaft gegenüber deutschen Aussiedlern ist im Laufe der Jahrzehnte unterschiedlich einzuschätzen. Seit Anfang der 1990er Jahre stand eine nicht geringe Bevölkerungsschicht dem Zuzug von Aussiedlern ablehnend, manchmal sogar feindselig gegenüber. Seit Jahren ändert sich langsam diese Haltung: Aufklärung in den



Grafik: Horst Göbbel (Internet)

Medien, das Zustandekommen des Zuwanderungsgesetzes 2005, das offizielle Eingeständnis, Deutschland ist Einwanderungsland, die Abwanderung von tausenden deutschen Fachkräften, das stete Begreifen des Phänomens der Globalisierung lassen auch die Masse der Deutschen allmählich die Zuwanderung und die Integration aller Zugewanderten als notwendig für unser Land erscheinen. Aussiedler stellen neben weiteren Zuwanderern langfristig einen großen Gewinn für die deutsche Gesellschaft dar.

Das unsichtbare Gepäck

Aussiedler bringen neben üblichen Anfangsproblemen auch gewichtige Stärken mit: Aussiedler sind anpassungsbereit, sie bejahen den deutschen Staat, die freiheitliche Demokratie, sie packen an, sie schaffen es, sie sind fleißig,

zäh, zuverlässig. Berufliche Erfolge, relativ schneller materieller Wohlstand, die Erkenntnis, dass man hier etwas erreichen kann, sofern man sich anstrengt, dass Leistung nicht nur gefordert, sondern auch entsprechend ent- und belohnt wird, dass die Kinder hier eine Zukunft haben, all dies stärkt das Selbstvertrauen, stärkt ihr Selbstbewusstsein.

Aussiedler sind heute in allen wirtschaftlichen Bereichen Nürnbergs zu finden: Im industriellen Gewerbe, im Handwerk, im Bauwesen, im Handel, im Verkehrswesen, im vielfältigen staatlichen und städtischen Dienstleistungsbereich, im Schulwesen, im medizinischen Bereich usw.

Ursachen dafür, dass gerade die Frankenmetropole Nürnberg so viele Aussiedler beherbergt, gibt es naturgemäß einige. Einerseits ist es die große Attraktivität Nürnbergs als bedeutendes Wirtschafts- und Kulturzentrum, andererseits gibt es seit Jahrhunderten historische Bindungen zwischen Nürnberg und dem Osten Europas, außerdem hat die Familienzusammenführung viele hierhergeführt.

Nach der Aussiedlung waren die seit Beginn der 50er Jahre hier in Deutschland entstandenen Interessenvertretungen von Vertriebenen und Aussiedlern (den Landsmannschaften) wesentliche Pfeiler für ein bis heute reges Gemeinschaftsleben auch als Mittel gegen Vereinsamung, gegen Isolation. Diese bemühen sich vorbildlich um alle Belange der Aussiedler, im Besonderen auch um Pflege und Förderung des Kulturerbes der osteuropäischen Heimat, der Wissenschaft und Kultur der Aussiedler. Die Aussiedlerverbände sind über ihre Verbände Mitglieder im Haus der Heimat e.V. und agieren in verschiedenen Gruppierungen: Trachtenkapellen, Volkstanzgruppen, Seniorenkreise, Jugendgruppen, Theaterformationen, Trachtengruppen, Chöre, Singkreise, Nachbarschaften, Sportgruppen... Wie auch andere Zugewanderten tragen Aussiedler zur Bereicherung der deutschen Kulturvielfalt bei. Dabei hat die Stadt Nürnberg die Aussiedler über den 1984 gegründeten Aussiedlerbeirat (bis 2010) und über die Aussiedlerkulturtage (seit 1986) gefördert. Die Nürnberger Aussiedlerverbände arbeiten eng zusammen mit befreundeten Aussiedlerverbänden und Heimatortsgemeinschaften und sind im Integrationsrat der Stadt Nürnberg sowie im ebenfalls 2010 neu gegründeten „Nürnberger Kulturbeirat zugewanderter Deutscher“ aktiv vertreten.

Das Verhältnis zwischen den Aussiedlerverbänden zu den Parteien, zum Nürnberger Stadtrat und dem Magistrat der Stadt gestaltet sich seit Jahrzehnten positiv zu beiderseitigem Nutzen. Die Nürnberger Oberbürgermeister Andreas Urschlechter (1957-1987), Dr. Peter Schönlein (seit 1987-1996), Ludwig Scholz (1996-2002), Dr. Ulrich Maly (2002-2020) und Marcus König (seit 2020) gehören mit zu den aktiven Förderern auch der Belange der zugewanderten Deutschen.

Erfolgsgeschichte Integration

Mit ihren vielfältigen Stärken, Potenzialen, Begabungen, Qualitäten, Fähigkeiten sind Zuwanderer, somit auch Aussiedler, in Nürnberg ein gewichtiger wirtschaftlicher, sozialer, kultureller Faktor. Wie alle Zuwanderer sind sie mehrheitlich risikobereiter, recht mobil und kreativ, aufstiegshungrig, überzeugen durch viel Mut, Zielstrebigkeit, großen persönlichen Einsatz und Ausdauer, nehmen oft auch Stellen unter ihrer Qualifizierung an, sie sind

mehrsprachig, wie auch andere Zugewanderten oft leidensfähiger, sie haben spezifische interkulturelle Kompetenzen, haben also die Fähigkeit, mit Menschen anderer Kulturen erfolgreich zu agieren (haben sie doch in ihren Herkunftsgebieten oft jahrhundertlang mit Ungarn, mit Rumänen, mit Roma, mit Juden, mit Ukrainern, mit Polen, mit Russen, mit

Kasachen zusammen- oder nebeneinander gelebt), sind recht flexibel, lassen sich meist flatter auf andere Kulturen, Personen und Nationen ein, sie haben Familiensinn, durch mehr Kinder im Schnitt sichern sie derzeit und künftig Sozialleistungen (etwa Renten) mit, sind oft kulinarisch sehr versiert, erscheinen kulturell vielfältig, bereichernd. Ihre

Integration ist ein Hauptanliegen der Stadt Nürnberg. Prof. Dr. Klaus Bade, renommierter Migrations- und Integrationsforscher, bezeichnet in einem Interview am 20. Mai 2011 in Nürnberg die Integration von Aussiedlern in der Bundesrepublik als eine „ausgesprochene Erfolgsgeschichte“.

Die folgenden Ausführungen beruhen zum Großteil auf eigenen Migrations- und Integrationserfahrungen des Autors, der als junger Lehrer 1973 aus Siebenbürgen nach Nürnberg kam und hier jahrzehntlang im Bereich Integration ehrenamtlich tätig ist.

Aussiedlergruppen in Nürnberg

Banater Schwaben

Die Banater Schwaben sind eine deutsche Bevölkerungsgruppe im rumänischen Banat. Ihre Vorfahren wurden von den österreichischen Habsburgern seit Ende des 17. Jahrhunderts in drei großen „Schwabenzügen“ unter den Kaisern Karl VI. (1722–1726 ca. 15.000 bis 20.000); Maria Theresia (1740–1780 ca. 22.000) Joseph II. (1780–1790 ca. 30.000) aus verschiedenen Teilen Süddeutschlands und aus Lothringen in die nach den Türkenkriegen teilweise entvölkerte und verwüstete Pannonische Tiefebene entlang der dortigen Militärgrenze angesiedelt. Nach rund 250 Jahren wandern ihre Nachkommen, etwa 250.000, nach Jahrzehnten der Entrechtung,



Foto: Horst Göbbel (Internet)

Deportation, Verschleppung, Unterdrückung, Diskriminierung aus der kommunistischen rumänischen Diktatur besonders nach 1970 nach Deutschland aus. Im Großraum Nürnberg leben rund 10.000 Banater Schwaben. Ihre Vertretung ist die Landsmannschaft der Banater Schwaben, Kreisverband Nürnberg (gegründet 1977).

Sathmarer Schwaben

Die Sathmarer Schwaben sind eine deutsche Volksgruppe im Bezirk Sathmar in Rumänien mit ähnlichem Schicksal wie die Banater



Foto: Horst Göbbel (Internet)

Schwaben. Ihre Vorfahren sind vorwiegend im 18. Jahrhundert ausgewanderte oberschwäbische Bauern. Die politische Vertretung der Sathmarer Schwaben und der anderen deutschsprachigen Gruppen im heutigen Rumänien ist das DFDR (Demokratisches Forum der Deutschen in Rumänien), in Deutschland die Landsmannschaft der Sathmarer Schwaben in der Bundesrepublik Deutschland e.V. Ähnlich den Sathmarer Schwaben stammen die Oberwischauer Zipser aus Nordrumänien. Ihr Ursprung ist das Salzkammergut und die

Zipser in der heutigen Slowakei. Ihr landsmannschaftlicher Verband ist seit einigen Jahren in Nürnberg kulturell sehr aktiv.

Deutsche aus Russland

Deutsche aus Russland sind Mitglieder der deutschen Minderheit in Russland und in den



Foto: Horst Göbbel (Internet)

anderen ehemaligen Sowjetrepubliken. Vereinzelte lebten vor 1763, hauptsächlich aber nach 1763, als Zarin Katharina II. Landsleute, meist Bauern, vor allem aus dem Südwesten Deutschlands, im großen Stil ins Land rief, viele Deutsche im Zarenreich (1914: 2,4 Mio.) und später in der UdSSR, wo sie schon nach der Oktoberrevolution 1917, besonders jedoch nach 1941, als Nazideutschland die UdSSR angriff, Deportation in zentralasiatische Gebiete und Sibirien, viel Leid, Unrecht und Unterdrückung erleiden mussten. Heute leben noch etwa 1 Mio. in den Staaten der GUS, mehr als 3,0 Mio. in Deutschland. Deren zentrale Interessenvertretung, die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, unterhält Landesgruppen und mehr als 100 Orts- und Kreisgruppen, darunter auch die aktive Kreisgruppe Nürnberg. Die meisten Russlanddeutschen leben in Nürnberg in Langwasser, in St. Leonhard und Schweinau.

Schlesier und Oberschlesier

Die in Nürnberg lebenden Schlesier und Oberschlesier sind meist nach 1945 aus dem damaligen Osten Deutschlands vertriebene Schlesier oder deren Nachkommen, sowie oberschlesische Aussiedler der 1960er bis 1990er Jahre. Das Zentrum Schlesiens ist die Hauptstadt Breslau, in Oberschlesien liegen Kattowitz, Oppeln, Ratibor. Ihre Vertretung ist die Landsmannschaft Schlesiens, die Landsmannschaft der Oberschlesier e.V. und der



Foto: Horst Göbbel (Internet)

Schlesierbund, Kreisgruppen Nürnberg. Sie sind aktive Mitglieder im Haus der Heimat Nürnberg.

Siebenbürger Sachsen

Die Siebenbürger Sachsen stammen vorwiegend aus dem Rhein-Mosel-Gebiet und wurden im 12. Jh. vom ungarischen König Geisa II. als Kolonisten in den Karpatenbogen (heute in Rumänien) gerufen. Sie bauten hier eine Frühform eines republikanisch-demokratischen Gemeinwesens auf. Zur Zeit von Kaiser Karl VI. und der Kaiserin Maria Theresia wurden zudem Protestanten aus den österreichischen Erblanden, die sogenannten Landler, zwangsweise in drei auf siebenbürgisch-sächsischem Gebiet gelegene Gemeinden „umgesiedelt“, wo sie Brauchtum und Idiom beibehalten haben. Nach rund 800 Jahren wandern ihre Nachkommen, etwa 250.000, aus der kommunistischen Diktatur nach jahrelanger Entrechtung, Deportation, Unterdrückung besonders nach 1969 nach Deutschland aus. Im Großraum Nürnberg leben rund 20.000 Siebenbürger Sachsen. Die neu aufgebauten Strukturen ermöglichen es, sich in der neuen



Foto: Horst Göbbel (Internet)

Heimat zu Hause zu fühlen, zugleich siebenbürgisch-sächsische Lebenshaltung wach zu halten und an die nächste Generation weiterzugeben. Innerhalb des Verbandes der Siebenbürger Sachsen in Deutschland e.V. ist der Kreisverband Nürnberg (gegründet 1951) mit seinen ca. 1400 Mitgliedern größter Kreisverband in Deutschland.

Horst Göbbel – Biografische Notiz

Bauernsohn aus Siebenbürgen, geboren 1944, Gymnasium in Bistritz, Abitur 1962, Studium der Geschichte in Klausenburg, Gymnasiallehrer in Bistritz, 1973 Aussiedlung in die Bundesrepublik Deutschland, 1974-1977 Studium der Germanistik in Erlangen, seit 1977 im bayerischen Schuldienst, von 1979 am Hans-Sachs-Gymnasium in Nürnberg, wo er bis 2009 als Studiendirektor Geschichte, Deutsch und Sozialkunde unterrichtete, verheiratet, zwei Kinder, Publikationen zu Siebenbürgen, Nürnberg, Internationale Politik, Tagesgeschehen, vielseitig ehrenamtlich tätig (Siebenbürger Sachsen, Aussiedlerintegration, St. Sebald Nürnberg), seit 2000 Vorsitzender des Vereins „Haus der Heimat“ und seit 2010 Mitglied im Nürnberger Integrationsrat. Per E-Mail erreichbar unter: horstgoebbel@icloud.com

SCHLAU auf den Weg zur Ausbildung

Das Übergangsmanagement-Angebot der Stadt Nürnberg zur beruflichen Orientierung für Jugendliche

Florian Schromm

Die Zeit an der Mittelschule geht zu Ende. Und jetzt? Dann haben die meisten Jugendlichen noch keinen Plan, was sie machen sollen. Zumindest keinen der realistisch ist. Die Einrichtung SCHLAU Übergangsmanagement, angesiedelt bei der Stadt Nürnberg im Referat für Schule und Sport und dort im Amt für berufliche Schulen, hilft jungen Menschen bei ihrer beruflichen Orientierung. Der Weg kann direkt zu einer Ausbildung führen. Oder Umwege nehmen, etwa über ein freiwilliges soziales Jahr oder einen Sprachkurs. SCHLAU

Eltern das deutsche Bildungssystem nicht ausreichend. Viele hochqualifizierte Ausbildungsberufe sind unbekannt, manche verstehen den Sinn einer Ausbildung gar nicht. Eigentlich müsste neben der intensiven Begleitung der Schüler*innen noch mehr mit Eltern gearbeitet werden. Aber dafür fehlt oft die Zeit. Da SCHLAU zu ca. drei Vierteln von Fördergeldern anderer Institutionen finanziert wird, sind die Mitarbeitenden an die Vorgaben des jeweiligen Förderprogramms gebunden. Trotz mancher Widrigkeiten ist SCHLAU ein



Foto: Florian Schromm / SCHLAU

unterstützt in Absprache mit den Teilnehmenden bei der Suche nach der individuell passenden Alternative.

Darüber hinaus unterstützt SCHLAU auch Schüler*innen aus den Übergangsklassen der beruflichen Schulen, die für Jugendliche eingerichtet sind, die noch keinen Ausbildungsplatz gefunden haben und auch aus den Berufsintegrationsklassen (BIK).

Die größte Herausforderung ist, die zu erreichen, die nicht erreicht werden wollen - oder können. Diese Schwierigkeit hat sich durch die Pandemie noch verstärkt, vor allem als die Schüler*innen nicht mehr über die Schule erreichbar waren. Manche Jugendlichen gehen einfach nicht ans Telefon, haben nicht die technische Ausstattung haben oder es fehlt an der Medienkompetenz.

Die Pandemie traf die tendenziell leistungsschwächeren Jugendlichen besonders hart. Die fehlenden Möglichkeiten Praktika zu absolvieren, haben die ohnehin häufig vorhandene berufliche Desorientiertheit noch verstärkt. Auch Ausbildungsbetriebe, die sich in den letzten Jahren durch soziales Engagement ausgezeichnet und schwächeren Jugendlichen Chancen eröffnet hatten, waren verständlicherweise durch die pandemiebedingten Unsicherheiten zögerlich bei der Besetzung von Ausbildungsplätzen.

Gerade den leistungsschwächeren Schüler*innen reicht SCHLAU die Hand. 70 bis 80 Prozent der Teilnehmenden weisen eine Zuwanderungsgeschichte auf. Es gibt sprachliche Probleme, psychosoziale und soziokulturelle. Oft kennen Jugendliche und auch ihre

klare Erfolgsmodell. Schuljahr für Schuljahr kann der Nachweis erbracht werden, dass SCHLAU-Teilnehmende mindestens doppelt so oft in Ausbildung gelangen als die Vergleichsgruppe der Gesamtheit der Schüler*innen der jeweiligen Schulart. Wenn die Jugendlichen nicht gerade untertauchen und nicht erreichbar sind, findet sich für jeden Jugendlichen ein sinnvoller Anschluss, auch wenn es nicht immer gleich im ersten Schritt eine duale Ausbildung ist. Und auch während der Pandemie ist es SCHLAU gelungen, annähernd die gleichen Erfolge zu erzielen, wie in den Vorjahren.

Für die erzielten Erfolge gebührt der Stadt Nürnberg neben den Fördergeldgebern großer Dank. Durch die Unterstützung kann SCHLAU sich mit erfahrenem Personal kontinuierlich weiterentwickeln und sich effektiv den sich wandelnden Rahmenbedingungen anpassen.

So erreichen Sie SCHLAU :

Florian Schromm
Leitung SCHLAU Übergangsmanagement
Tel.: 0911-231-14148
florian.schromm@stadt.nuernberg.de

Celal Turhan
Ausbildungsakquisiteur
Tel: 0911-231-16978
celal.turhan@stadt.nuernberg.de

www.schlaunuernberg.de

Gespräche am Buffet: Man bediente sich am ausgezeichneten Fingerfood und lies es sich anschließend am Sitzplatz in sicherem Abstand schmecken.



Der IR-Vorsitzende Ilhan Postaloglu mit seinem IR-Kollegen Celal Turhan. Fotografien: Giulia Iannicelli



Bündnis 90/Die Grünen-Stadtrat Paul Arzten mit Priscilla Hirschhausen von „we integrate e.V.“. Foto: Archiv des Integrationsrats. Fotografien: Giulia Iannicelli



Die IR-Mitglieder Serkan Köyüoğlu und Ali Arslan. Fotografien: Giulia Iannicelli



IR-Mitglied Hediye Erdem mit dem IR-Vorsitzenden. Fotografien: Giulia Iannicelli

Interkultureller Preis 2021 verliehen:

„Eine Würdigung des Engagements für Geflüchtete, für Ältere sowie für Kinder und Jugendliche – gerade in Zeiten der Pandemie“

Daniel Stanin

Verdiente Preisträger, glückliche Veranstalter und zufriedene Gäste: Am 24.09.2021 hat der Vorsitzende Ilhan Postaloglu im Namen des Nürnberger Integrationsrates und in Anwesenheit von Oberbürgermeister Marcus König den Interkulturellen Preis 2021 an die Vertreter von „we.integrate e.V.“, „HeHanI

„HeHanI e.V.“ – in der Langform „Helfende Hand International“ – kümmert sich besonders um ältere Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und um deren Angehörige. Unter anderem bietet der seit 2018 bestehende Verein spezielle Projekte für ältere Menschen mit Migrationshintergrund an (z.B. kostenlose



Abschließend versammelten sich die Vertreterinnen aller drei geehrten Vereine nochmals zusammen auf der Bühne, begleitet OB Marcus König, dem IR-Vorsitzenden Ilhan Postaloglu und dem Jury-Vorsitzenden Jo-Achim Hamburger. Foto: Archiv des Integrationsrats. Fotografin: Giulia Iannicelli

e.V.“ und den „Familienclub ‚Mischpacha‘ e.V.“ verliehen. Damit wurden drei Vereine geehrt, die sich durch ihre Arbeit mit Gruppen auszeichnen, die durch die Corona-Pandemie besonderen Belastungen ausgesetzt waren bzw. immer noch sind.

Das Engagement jener zu würdigen, die mit Menschen arbeiten, welche besonders stark unter den Begleiterscheinungen von Corona zu leiden haben – von diesem roten Faden hatte sich die Jury bei der diesjährigen Vergabe des Interkulturellen Preis des Integrationsrates der Stadt Nürnberg leiten lassen. Der mit insgesamt 3.000 Euro dotierte Preis ging daher im Jahr 2021 zu gleichen Teilen an die Vereine „we.integrate e.V.“, „HeHanI e.V.“ und den „Familienclub ‚Mischpacha‘ e.V.“, deren Schwerpunkt jeweils die Arbeit mit einer besonders von der Pandemie betroffenen Gruppe bildet.

Bei „we.integrate e.V.“ liegt der Fokus auf der Integration von Geflüchteten – der 2019 gegründete Verein möchte vor allem kürzlich zugewanderten Menschen zu einer eigenständigen Lebensführung verhelfen und ihnen gesellschaftliche und kulturelle Teil-

Deutsch-Konversationskurse, interkulturelle Kunst- und Nähwerkstätten), betätigt sich aber auch als Vermittler zwischen den Angeboten der Altenhilfe und älteren Zuwanderinnen und Zuwanderern. Ältere Menschen waren gerade im ersten Jahr die Hauptleidtragenden der Pandemie, da sie als Risikopatienten



Die Preisurkunden gingen zusammen mit verdienten Preisträgern nachhause. Foto: Archiv des Integrationsrats. Fotografin: Giulia Iannicelli

mit strengen Kontaktbeschränkungen auch gegenüber ihren Angehörigen zurechtkommen mussten.

Beim Familienclub „Mischpacha“ e.V. schließlich steht die Kinder- und Jugendarbeit im Mittelpunkt. Ca. 250 Kinder und Jugendliche nehmen regelmäßig an den Tanz-, Musik- und Kunstkursen des 2004 gegründeten Clubs teil, etwa 90% von ihnen haben Migrationsgeschichte. Ziel des Vereins ist die Förderung von Kreativität, Bewegung und Musikalität bei den Jugendlichen, ganz allgemein aber auch die Chancengleichheit aller Kinder unabhängig von ihrer Herkunft durch gleichen Zugang zu Bildung und kulturellen Angeboten. In Zeiten, in denen Kinder und Jugendliche durch monatelanges Homeschooling und Kontaktbeschränkungen während der Lockdown-Phasen vom alltäglichen Umgang mit Gleichaltrigen und von vielen Freizeitaktivitäten abgeschnitten waren, sind die Angebote eines Vereins wie „Mischpacha“ besonders wertvoll.

In der Jury wirkten mit: Jo-Achim Hamburger (Vorsitz), Bülent Bayraktar, Emek Sarigül, Annette Weigand-Woop, Dr. Magdalena Brandt, Elena Litinski und Stergios Oikonomou. Unsere kleine Bilderserie vermittelt Ihnen einen Eindruck davon, wie die Preisverleihung abließ:

Reden und Danksagungen



Der Integrationsratsvorsitzende Ilhan Postaloglu begrüßte die Gäste. Foto: Archiv des Integrationsrats. Fotografin: Giulia Iannicelli



Für „HeHanI e.V.“ nahm Frau Daman Al Yaqube den Preis an. Foto: Archiv des Integrationsrats. Fotografin: Giulia Iannicelli



Der Jury-Vorsitzende Jo-Achim Hamburger ging in seiner Laudatio detailliert auf die Beweggründe der Jury für ihre Preisentscheidung ein. Foto: Archiv des Integrationsrats. Fotografin: Giulia Iannicelli



Frau Mariya Wojsik schließlich bedankte sich für die Preisübergabe an den „Familienclub ‚Mischpacha‘ e.V.“. Foto: Archiv des Integrationsrats. Fotografin: Giulia Iannicelli



Für „we.integrate e.V.“ nahm Frau Priscilla Hirschhausen die Auszeichnung entgegen. Foto: Archiv des Integrationsrats. Fotografin: Giulia Iannicelli



Oberbürgermeister Marcus König würdigte in seinem Grußwort die Preisträger. Foto: Archiv des Integrationsrats. Fotografin: Giulia Iannicelli



Die Urkunden, Preisgeldchecks und Blumensträuße warteten auf ihre Empfänger. Foto: Archiv des Integrationsrats. Fotografin: Giulia Iannicelli

nahme ermöglichen. Dies war in den letzten einhalb Jahren eine besondere Herausforderung, da viele Geflüchtete durch Kontaktbeschränkungen und Quarantäne-Regeln in ihren Gemeinschaftsunterkünften (oft ohne Internetverbindung) regelrecht von der Außenwelt abgeschnitten waren und beispielsweise keine Sprachkurse in Präsenz besuchen konnten.

Bildung integriert und gestaltet unsere Zukunft!

Celal Turhan

Junge Menschen brauchen einen guten Einstieg in eine berufliche Karriere. Dafür tragen Betriebe, Schulen und andere Einrichtungen die gesellschaftliche Verantwortung. Die be-



Foto: Celal Turhan / SCHLAU

ruflische Aus- und Weiterbildung bildet eine wesentliche Grundlage für Wirtschaftswachstum, Wohlstand und sozialen Zusammenhalt in Deutschland. Das deutsche Berufsbildungssystem mit seinen vielfältigen Ausbildungs-, Weiterbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten bietet breite Perspektiven. Die Stadt Nürnberg und die Sozialpartner*innen engagieren sich gemeinsam gegen die Arbeitslosigkeit. Es gibt effektive Netzwerke mit vielen Kooperationspartner*innen, die sich dieser

Thematik annehmen, u. a. die Arbeitsverwaltung, die Wirtschaftskammern, die Stadt Nürnberg mit z. B. SCHLAU, der NoA und dem Integrationsrat sowie Migrant*innenselbstorganisationen wie der AAU e. V.

Ausbildung sichert auch die Deckung des zukünftigen Fachkräftebedarfs und steigert das Image des Betriebes auf dem Markt. Das motiviert junge Menschen und Unternehmen in unserer Region. Über 400 von Migrant*innen geführte Betriebe bilden in Nürnberg aus. Das Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales bietet Fördermöglichkeiten für Unternehmen, die ausbilden wollen und finanziert unterstützende Maßnahmen, um leistungsschwächeren Jugendlichen den Weg in eine duale Ausbildung zu ermöglichen.

Schüler*innen mit Zuwanderungsgeschichte verteilen sich unterschiedlich auf die verschiedenen Schulformen. Überproportional hoch ist der Anteil an den Mittelschulen. Um ihre oftmals schwierige Situation auf dem Ausbildungsmarkt zu verbessern, brauchen diese Jugendlichen Unterstützung, um einen möglichst guten Schulabschluss zu erreichen. Eltern, Lehrkräfte und andere Bildungsverantwortliche sind gefordert, um Jugendliche für die berufliche Bildung zu gewinnen, nicht zuletzt auch um den Wirtschaftsstandort Nürn-

berg und Deutschland zu stärken.

Die in Deutschland vorbildliche Kombination von betrieblicher Praxis und Berufsschule in der dualen Ausbildung in Kombination mit vielfältigen Wegen in der Fortbildung bieten ausgezeichnete Karrierechancen für Jugendliche. Jedem ausbildungsinteressierten Menschen sollte ein Weg aufgezeigt werden, der frühestmöglich zu einem Berufsabschluss führen kann.

Neue Herausforderungen für den Ausbil-



Foto: Celal Turhan / SCHLAU

dungsmarkt sind zudem durch die Corona-Pandemie entstanden. In dieser schwierigen Situation müssen wir verstärkt Betriebe und Jugendliche zusammenbringen und uns dafür einsetzen, dass Ausbildungsplätze und die be-

währte Qualität der dualen Ausbildung erhalten bleiben.

Als Mitglied des Integrationsrates und Mitarbeiter des SCHLAU Übergangsmanagements (Ausbildungsakquisiteur) bei der Stadt Nürnberg begleite ich Jugendliche bei der beruflichen Orientierung im Kontext Ausbildung und anderer qualifizierender Anschlussmöglichkeiten nach dem Schulbesuch. Darüber hinaus unterstütze ich Eltern und Betriebe. Ich bedanke mich persönlich bei der Stadt Nürnberg, dass sie so viele Projekte für un-



sere Jugendlichen fördert. Wir wollen, dass wir unsere Jugendlichen durch Bildung integrieren, so dass kein junger Mensch verloren geht. Denn Bildung stärkt die Gesellschaft und gestaltet unsere Zukunft.

Afrika ist nebenan

Angela La Regina

Zwei Häuser weiter, ein paar Meter ums Eck, wohnt Zoe. Sie ist eine hübsche Frau, groß und schlank, spricht so gut Deutsch, dass man sie für eine Deutsche halten könnte. Doch Zoe hat eine dunkle Hautfarbe, was nicht dagegen spräche, dass sie trotzdem Deutsche wäre, denn Deutschland wird immer bunter. Zoe aber ist Studentin, die hier in Nürnberg Ingenieurwissenschaften studiert und, wie sie immer betont, mit ihrem Mann, der hier als Arzt arbeitet, wieder nach Hause in den Kongo gehen wird. Dort werde sie gebraucht. Gestern traf ich sie zufälligerweise, als ich mit den Kindern zum Spielplatz an der Universität ging. Sie setzte sich zu uns auf die Bank, als die Kinder sich vom Toben auf der Rutsche ausruhten.

„Sag mal, Zoe, wie kommt eine Frau bei euch einem Manne näher, der ihr gefällt?“

Sie schaute mich erstaunt an: „Na, genau so wie hier, man trifft sich in der Disko und tanzt miteinander!“

Ja gut, denke ich, vielleicht habe ich mich nicht klar genug ausgedrückt. Sie könnte jetzt meinen, ich hielte sie für eine Frau aus dem Urwald, die zu Hause noch im Bambusröckchen herumläuft. Irgendwie stimmte das ja auch, so etwas hatte ich gedacht, aber ohne das Bambusröckchen. Eher mit Jeans. Ich weiß eben zu wenig von Afrika. Ich versuche es noch einmal: „Ich meine, du verliebst dich in einen Mann, aber der zeigt erst einmal kein Interesse, wie kommst du an ihn ran?“

„Ich flirtete ein wenig mit ihm!“

So kam ich nicht weiter, resigniert ließ ich die Mundwinkel fallen. Das bemerkte sie.

„Ach, du hast dich verliebt, und nun willst du von mir einen Tipp, wie du ihn ‚verzaubern‘ kannst.“



Angela La Regina ist Italienerin, lebt seit Jahrzehnten in Nürnberg und ist seit 2019 Mitglied des Integrationsrates. Die langjährige Tagesmutter betätigt sich auch als Dichterin und Autorin. Ihre hier abgedruckte Kurzgeschichte „Afrika ist nebenan“ stammt aus dem Band „Die Liebe schweigt in der Dunkelheit“. Foto: Angela La Regina (Privat)

Sie hatte mich durchschaut, weshalb ich schnell abwiegelte: „Na ja, verliebt will ich nicht sagen, aber...“

Sie überlegte kurz. „Ich erinnere mich an die Geschichten der Großmutter. Die erzählte mir von einem alten Brauch. Da musste aber der Mann aktiv werden. Wenn der einem jungen Mädchen zum Brunnen folgte und sie um einen Schluck Wasser bat, dann bedeutete das, er habe Interesse. Gab sie ihm zu trinken, dann war das eine positive Antwort. Der junge Mann tauchte ein paar Tage später

bei den Eltern auf. Die zeigten ihm den Weg in die Kammer des Mädchens, und wenn sie ihn einließ, dann waren sie ein Paar. Er blieb. Aber wenn sie eines Tages feststellte, dass er nichts taugte, dann setzte sie ihn wieder vor die Tür, indem sie einfach die paar Sachen, die er mitgebracht hatte, vor die Schwelle legte. Für den Mann eine Katastrophe, denn bei den alten Völkern gehörten Haus und Hof der Frau. Der Mann war ein Nichts und musste sich in den langen Jahren erst seinen Platz erkämpfen und blieb trotzdem immer nur Prinzgemahl.“

„Eigentlich eine praktische Sache für die Frau, aber was war denn, wenn der Angebetete einfach keinen Durst haben wollte?“

Zoe lachte laut. „Das weiß ich auch nicht, aber ich glaube, unsere Vorfahren kannten da schon ein paar Tricks. Zum Beispiel vergruben sie unter der Schwelle des Hauses einen Fetisch, der den Mann verzaubern sollte.“

„Einen Fetisch?“

„Ja, eine Blume oder ein Gazellengeweihe, eine Löwenkrallen!“

Woher sollte ich eine Löwenkrallen nehmen? Nach Nürnberg kommt nur einmal im Jahr ein Zirkus, und der hat gar keine Tierschau. Aber im Tierpark vielleicht? Doch einen Löwen zu amputieren ist wohl zu gefährlich. Geht auch eine Hasenpfote oder ein Fuchschwanz? Das traute ich mich nun doch nicht zu fragen, auch weil ich mir jetzt vorstellte, wie ich den Boden unter der Werkstatttür aufbrach, um einen Fetisch zu vergraben. Mit schwerem Gerät, denn der Hof war betoniert. Ich brauchte einen Presslufthammer. Nee, dachte ich, zu kompliziert.

„Gibt es da nicht so etwas mit Fernwirkung?“

„Ach, jetzt verstehe ich, du möchtest etwas

von mir über den Voodoo-Zauber erfahren!“

„Zauber wäre gut!“, sagte ich.

„Na ja, dazu brauchst du eine Puppe, am besten eine, die du selbst genäht hast aus einem Stoff, der ihm gehört hat, einer Hose oder einem Hemd. Hemd ist besser, das ist dem Herzen näher. Darauf nähst du ein kleines Stoffherz, und immer dann, wenn du ihn siehst, küsst du das Herz.“

„Also, bei euch ist die Liebe ja richtig mit Arbeit verbunden. Ich kann ja nähen, aber den ganzen Tag dastehen und eine Puppe küssen, das ist dann doch ein wenig unpraktisch.“

„Am einfachsten ist es, du fährst einfach mit deinem Wagen in sein Auto, das garantiert dir Aufmerksamkeit. So hat das meine Schwester gemacht, die ist heute glücklich verheiratet. Aber...“

„Aber?“

„Er lässt sie seit der Hochzeit nicht mehr ans Steuer.“

Wir alberten noch ein wenig herum, dann wollten die Kinder weiterspielen.

„Ciao, Zoe!“

Natürlich war das nur ein Spaß gewesen, so von Frau zu Frau. Aber eben mit dem realen Blick auf die Zukunft meiner Liebe. Nicht einen Moment hatte ich wirklich gedacht, so einen Zauber anzuwenden, aber es hat mich schon interessiert, wie so etwas in anderen Kulturen gesehen wird, wobei ich auf jeden Fall eines gelernt habe: Afrika ist auch nicht mehr das, was es einmal war. In einer smogverseuchten Millionenstadt am Kongo helfen keine Püppchen mehr, um sich näherzukommen, eher noch ein gezielter Crash. Aber „isch abe gar keine Auto!“

Änderungen im deutschen Staatsangehörigkeitsrecht

Horst Göbbel

Bundestag und Bundesrat haben am 25. Juni 2021 das Vierte Gesetz zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes beschlossen. Mit diesem „soll früheres Unrecht wiedergutmacht und neues verhindert werden“ (FAZ, 26.05.2021).

Die Bundesregierung bekennt sich darin ausdrücklich zur historischen Verantwortung Deutschlands auch gegenüber denjenigen, die als Nachfahren deutscher NS-Verfolgter staatsangehörigkeitsrechtliche Nachteile erlitten haben. Sie erachtet es als großen Vertrauensbeweis, wenn die Nachkommen zwangsläufig emigrierter NS-Verfolgter heute wieder die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben wollen. Ähnlich verhält es sich bei allen, die von den früheren geschlechterdiskriminierenden Abstammungsregelungen betroffen sind.

Angesichts der antisemitischen Ausschreitungen in den letzten Monaten und Jahren in Deutschland sieht das Gesetz zudem vor, dass eine Person, die wegen antisemitischen, rassistischen, fremdenfeindlichen oder sonstigen menschenverachtenden Taten verurteilt wurde, unabhängig vom Strafmaß nicht eingebürgert werden kann.

Der Bundestags-Innenausschuss hat außerdem mit großer Mehrheit beschlossen, künftig ein stärkeres Augenmerk darauf zu richten, Ausländerinnen und Ausländern, insbesondere, wenn sie deutsche Staatsangehörige werden wollen, die historische Verantwortung Deutschlands näher zu bringen, aus der folgt, dass Antisemitismus nicht geduldet wird, das Existenzrecht Israels zur deutschen Staatsräson gehört und religiöse Toleranz gegenüber der jüdischen Religion eingefordert wird.

In diesem Zusammenhang macht es Sinn, einige Grundmerkmale des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts in Erinnerung zu rufen.

Staatsangehörigkeit

Jeder Mensch hat durch Geburt eine Staatsangehörigkeit. Erworben wird sie nach dem Territorialprinzip (d.h. in dem Land, wo ich geboren werde, dessen Staatsangehörigkeit habe ich) oder nach der Abstammung (ich habe die Staatsangehörigkeit meiner Eltern bzw. meiner Mutter) oder beide Merkmale werden kombiniert.

In Deutschland gab es bis 2000 nur das Abstammungsprinzip und einzelne Ausnahmeregelungen. Seit dem Jahr 2000 erwerben Kinder von Ausländern bei Geburt in Deutschland die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn ein Elternteil seit mindestens 8 Jahren rechtmäßig in Deutschland lebt und ein unbefristetes Aufenthaltsrecht besitzt.

Grundsätzlich verliert ein Deutscher gem. § 25 Absatz 1 des deutschen Staatsangehörigkeitsgesetzes (StAG) automatisch seine deutsche Staatsangehörigkeit, wenn er auf Antrag eine fremde Staatsangehörigkeit erwirbt. Der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Geburt setzt voraus, dass mindestens ein Elternteil im Zeitpunkt der Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt. Der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Geburt sowie durch Einbürgerung sind zwei der gesetzlich normierten möglichen Erwerbsgründe.

Grundsätzlich gilt, dass bei Annahme einer ausländischen Staatsangehörigkeit die deutsche verloren geht (§§ 17 Abs. 1 Nr. 2, 25

Abs. 1 S. 1 StAG). Entsprechend muss ein Ausländer, der die deutsche Staatsangehörigkeit annimmt, regelmäßig die bisherige Staatsangehörigkeit aufgeben (§ 10 Abs. 1 Nr. 4).

Wenn ein Kind einen deutschen und einen ausländischen Elternteil hat und in Deutschland geboren ist, hat das Kind automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft und die des ausländischen Elternteils, sofern das Zweitland auch doppelte Staatsbürgerschaften erlaubt.



Das deutsche Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) gilt seit 01.01.2000 – hier werden die jüngsten Änderungen besprochen. Foto: dtv

ländischen Elternteils, sofern das Zweitland auch doppelte Staatsbürgerschaften erlaubt. Die doppelte Staatsbürgerschaft beantragen darf in Deutschland nur, wer die Voraussetzungen des Staatsangehörigkeitsgesetzes dafür erfüllt. Die sogenannte Mehrstaatigkeit ist hierzulande erlaubt, aber nicht als Regelfall vorgesehen.

Nach der Grundkonzeption dieses Gesetzes ist die doppelte Staatsangehörigkeit, die das Gesetz als Mehrstaatigkeit bezeichnet, daher möglich, aber nicht als Regelfall vorgesehen. Ein genereller Anspruch auf doppelte Staatsbürgerschaft (Mehrstaatigkeit) besteht nicht. Deutschland erlaubt eine doppelte Staatsbürgerschaft innerhalb der EU (seit 1999) und der Schweiz, für alle anderen Länder müssen besondere Voraussetzungen vorliegen und es muss teils eine Genehmigung eingeholt werden.

Einbürgerung

Wenn jemand dauerhaft in Deutschland lebt, aber nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, kann er oder sie sich einbürgern lassen. Dafür muss man bestimmte Voraussetzungen erfüllen.

Was bringt mir die Einbürgerung?

Die Einbürgerung bietet mir politische Partizipation, rechtliche Gleichstellung und weitere Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe.

Als deutscher Staatsangehöriger bzw. Staatsangehörige werde ich gleichberechtigte Bürgerin oder gleichberechtigter Bürger unseres Landes mit allen Rechten und Pflichten als Staatsbürger.

Ich kann dann in den Gemeinden, in den Ländern und auf Bundesebene wählen. Noch mehr: Ich kann auch selbst für politische Ämter kandidieren.

Außerdem gehöre ich dann zur Europäischen Union. Dadurch genieße ich Freizügigkeit in Europa und kann auch außerhalb Europas ohne Visum in viele Länder reisen.

Mit der deutschen Staatsangehörigkeit erwerbe ich eine Reihe von Rechten:

- Erlangung der sog. Grundrechte der deutschen Staatsbürger (Allgemeines Wahlrecht, Art. 8 GG Versammlungsfreiheit, Art. 9 Abs. 1 GG Vereinigungsfreiheit, Art. 11 GG Freizügigkeit, Art. 12 GG Berufsfreiheit)

- Dauerhaftes unverwirkbares Aufenthaltsrecht

- Zugang zum Beamtenstatus

- Konsularischen Schutz im Ausland

Einbürgerungsvoraussetzungen

Wer seit acht Jahren dauerhaft und rechtmäßig in Deutschland lebt, hat unter folgenden Voraussetzungen einen Anspruch auf Einbürgerung:

- unbefristetes oder auf Dauer angelegtes Aufenthaltsrecht zum Zeitpunkt der Einbürgerung

- geklärte Identität und Staatsangehörigkeit

- Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes

- grundsätzlich Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit

- mündliche und schriftliche deutsche Sprachkenntnisse auf dem Niveau B 1 des Gemeinsamen europäischen Referenzrahmens für Sprachen

- Nachweis über Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse in Deutschland (Einbürgerungstest)

- eigenständige Sicherung des Lebensunterhalts für sich und die unterhaltsberechtigten Angehörigen

- Gewährleistung der Einordnung in die deutschen Lebensverhältnisse, insbesondere keine Verheiratung gleichzeitig mit mehreren Ehegatten

Ausnahmen und Erleichterungen

Bei den Einbürgerungsvoraussetzungen und den Einbürgerungsgebühren (pro Person 255,00 EURO, für minderjährige Kinder je 51,00 EURO) sind in bestimmten Fällen Ausnahmen und Erleichterungen möglich.

Hierüber und über das Einbürgerungsverfahren insgesamt gibt Ihnen Ihre zuständige Einbürgerungsbehörde Auskunft und berät Sie individuell (Quellen: Internet, Bundestag, Bundesrat, Bundesregierung, Innenministerium).

Mein Wunsch für

Nürnberg:

„Wohnen für Hilfe“

Angela La Regina

„Wohnen für Hilfe“ nenne ich eine Idee, ein Projekt, das mir seit vielen Jahren sehr am Herzen liegt. Es ist bekannt, dass besonders während der letzten Jahre junge Erwachsene, oft Studenten, sowie sehr oft und überhaupt Menschen mit Migrationsgeschichte Probleme bei dem Finden von bezahlbarem Wohnraum haben. Andererseits gibt es in unseren Städten auch zahlreiche Menschen, die zwar eine Wohnung haben, jedoch mit zunehmendem Lebensalter auf fremde Hilfe angewiesen sind oder ganz einfach nicht allein leben wollen oder sogar anderen Menschen helfen wollen, wenn diese eine Bleibe suchen.

Wie könnte man Wohnungssuchende und Wohnungsinhaber zusammenführen?



„Wohnen für Hilfe“ in Form von Wohngemeinschaften von Jung und Alt wird schon in vielen Städten Deutschlands angeboten, Angela La Regina wünscht sich ein solches Projekt auch in Nürnberg, Foto: Foto: kirche-koeln.de

Ich stelle mir vor, dass es zu Vereinbarungen zwischen alleinwohnenden (meist) Senioren und wohnungssuchenden alleinstehenden Menschen kommen könnte, durch die die eine Seite eine Wohnmöglichkeit bekommt und andererseits verschiedenste Dienstleistungen für die Wohnungsinhaber bereitstellen: Gartenarbeiten, Einkäufe, kleinere und größere Hilfen im Alltag oder auch nur gute Gesellschaft in der täglichen Einsamkeit. Es ginge also nicht um 24-Stunden-Pflege, weil das entweder Sache von Familien oder von professionellen Pflegekräften wäre. Natürlich müsste zwischen den beiden Personen eine schriftliche Vereinbarung unterzeichnet werden.

Mir ist bekannt, dass dieses Programm „Wohnen für Hilfe“ auch schon in München oder Erlangen in Bezug auf Studenten existiert und bisher nicht den überwältigenden Erfolg hatte.

Dennoch meine ich, es ist zumindest nicht verkehrt, auch hier in Nürnberg diese Idee zu verbreiten. Wenn junge geflüchtete mit deutschen Senioren zusammenfinden könnten, würden beide Seiten voneinander lernen und unserer Gesellschaft einen großen positiven Integrationsdienst erweisen. Es wäre schön, wenn sich die Nürnberger Verwaltung auch mit dieser Idee beschäftigen würde.

Nürnberger Wochen gegen Rassismus 2021

Daniel Stanin

Auch 2021 beteiligte sich der Nürnberger Integrationsrat wieder an den Nürnberger Wochen gegen Rassismus, die in diesem Jahr vom 15. März bis zum 28. März stattfanden.

Dazu entstand eine beeindruckende, Corona-konform mit Gesichtsmasken aufgenommene Fotoserie der Integrationsratsmitglieder an der Straße der Menschenrechte.

Eines der Bilder fand seine Verwendung auf einem Plakat, mit dem der Integrationsrat im Aktionszeitraum im ganzen Nürnberger Stadtgebiet gegen Ausgrenzung und für mehr ge-

sellschaftliche Zusammenhalt unter dem Motto warb: „Rassismus, Diskriminierung – NIE! Zusammenhalt auch in der Pandemie!“



Grafik: Bülent Bayraktar. Fotograf: Lothar Mantel



Foto: Dr. Magdalena Brandt (Privat)



Foto: Archiv des Integrationsrats. Fotograf: Lothar Mantel



Foto: Archiv des Integrationsrats. Fotograf: Lothar Mantel



Foto: Angela La Regina (Privat)



Foto: Edona Wylezich (Privat)